

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis Monatlich 1 Mark, Einzelnummer 25 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A. G.
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6404

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rößlestraße 10
Fernsprecher S. 2 623 41

Erscheint wöchentlich am Samstag
Eingetragen in die Reichspostgesetzgebung
Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgeschickt

Die „Wirtschaft“ ist enttäuscht Vorspiel für einen Rebbach der Industriellen?

Was haben die Herren der „Wirtschaft“ nicht bei der Regierung Müller gestöhnt und gedroht und geschimpft über die „verfehlte Wirtschafts- und Sozialpolitik“, die den Unternehmern die Luft zum Atmen und die Freiheit des Handelns nehme, den Inlandsabfall gefährde und die Ausfuhrmöglichkeiten herabschraube. Kein Unternehmerblatt ist ins Land gegangen, keine Unternehmerversammlung hat stattgefunden, ohne daß nicht heftig gelehrt worden wäre: Befreit uns von dieser sozialistischen Verleumdung des politischen Lebens! Nun sind die Herren der „Wirtschaft“ von den „roten Ketten frei“, sie haben eine Rechtsregierung unter der Leitung des Ministerpräsidenten Brüning, und er wie sein ministerielles Gefolge lassen an kapitalistischer Gesinnung nichts zu wünschen übrig. Jetzt müßten doch eigentlich die Herren vor Freude Purzelbäume schlagen. Statt dessen stimmen sie eine Jammerlei an, die einfach rührend ist. Sie sind höllisch entsetzt über die Gerichte, die ihnen die Regierung Brüning — nicht zu vergessen: unter geschäftlichem Beistand der politischen Agenten des Unternehmertums — aufgeschoben hat. Man höre, was die Textil-Zeitung (in Nr. 87) von den Zollerhöhungen der Regierung Brüning zu sagen hat:

„Um so mehr, wenn gleichzeitig fast alles, was zur Lebensnahrung gehört, in einer Weise verteuert wird, die sofort die Schere zwischen Lohnhöhe, aus der die Kaufkraft resultiert, und Warenpreis wieder vergrößert wird. Aber selbst die eigentliche Schere, die aus der Differenz zwischen den Preisen der Agrarprodukte und der Industrieprodukte entsteht, wird durch das Wirtschaftsprogramm der Regierung künstlich in ungeahnter Weise erweitert. Deutschland erhält das teuerste Brot und das teuerste Fleisch der Welt, von anderen Einzelprodukten wie Butter, Milch, Saago usw. gar nicht zu reden! Wer ist nicht genug, anzunehmen, daß die nichtagrarischen Produktionsstände diese agrarwirtschaftlichen Liebesgaben aus ihrer eigenen Tasche bezahlen und nicht umgekehrt ihre Kalkulation dem Steigen der Lebensmittelpreise anpassen? Und wer ist so leichtgläubig, auch nur zu hoffen, daß hinsichtlich einer einmaligen Möglichkeit besteht, die Preise von der Seite des mitbestimmenden Lohnfaktors senken zu können?“

Der Reichsverband der deutschen Industrie hat mit einer Deutlichkeit, die nichts, aber auch gar nichts zu wünschen übrig läßt, die Folgen aufgezeigt, die aus dieser Schwächung der regierungsamtlichen Preispolitik für die gesamte deutsche Wirtschaft entstehen müssen. Der wilde Lohnkampf, den die Verteuerung der wichtigsten Nahrungsmittel, wie Brot und Fleisch, entfeineln muß, trotz schon vor den Türen, und vergeblich wird man den Wirtschaftsstrategen suchen, der den Warenpreis aus der irdischen Umzingelung der Lohnsteigerung befreien kann.“

In der vom Reichswirtschaftsministerium unterstützten Industrie- und Handels-Zeitung (Nr. 87) steht zu lesen:

„Den elementarsten Grundbedürfnissen des wirtschaftlichen Lebens und Lebens ist es im Geschäft, wenn man sich auf den Standpunkt stellt, der Bedarf habe sich nach der Produktion zu richten. Alle dahingehenden Versuche sind denn auch stets sehr bald wieder zusammengebrochen; kaum daß ihnen ein vorübergehender Erfolg beschieden war, wenn außergewöhnliche Voraussetzungen (Kriegszustand oder ähnliches) vorlagen. Niemand und nirgends läßt sich auf die Dauer der menschliche Bedarf nach den Gegebenheiten der Produktion erweitern, zusammenpressen oder umstellen.“

In der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer München (11. April) übte der Syndikus Dr. Edmund Simon eine Kritik an der neuen Steuer- und Finanzpolitik der Regierung Brüning, wie sie schärfer nicht ausgesprochen werden kann:

„Um so weniger kann die Industrie den jetzt eingeschlagenen Weg, der eine Zollerhöhung über die andere führt für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse bringt, gutheißen... Da aber die deutsche Industrie an der Erhaltung der Kaufkraft des Auslandes ein hartes Interesse hat, kann eine Unterbindung jeglicher Einfuhr agrarischer Produkte nach Deutschland nicht gutgeheißen werden... Denn die Landwirtschaft ist doch lediglich ein Teil der gesamten deutschen Wirtschaft; sie beschäftigt rund 23 v. H. der Bevölkerung und kann daher, bei aller Anerkennung ihrer Wichtigkeit und Notwendigkeit für die deutsche Gesamtwirtschaft, keine Ausnahmestellung gegenüber der hohentwischen und in Industrie, Handel, Handwerk und Verkehr 58 v. H. der deutschen Gesamtbevölkerung Lohn und Brot gebenden gewerblichen Wirtschaft beanspruchen... Auch die Landwirtschaft muß endlich einsehen lernen, daß eine künstliche Stabilisierung der Preise ihrer Erzeugnisse nur von kurzer Dauer sein kann und daß das Preisniveau für Agrarprodukte nur dann mit Erfolg gehalten und gehoben werden kann, wenn ein konstant hoher realer Arbeiterlohn durch ständige und vermehrte Nachfrage das Angebot aufzunehmen vermag.“

Die vernichtendste Kritik übt die volksparteiliche Kölsche Zeitung (Nr. 208b):

„Die Ansichten für eine durchgreifende Finanzreform von der Ausgabenseite her, woher sie in wirklich kommen muß, erscheinen so durch das Werk der koalitionslosen Regierung eher verbannt als gefördert, besonders wenn man noch bedenkt, daß das Demokratesium über Reichskasse und Haushalt in der Möglichkeit neuer zusätzlicher Anforderungen der Reichsanwalt für Arbeitslosenversicherung nach wie vor nicht entfernt worden ist. Ebenso starke Parallelen gegenüber einer Finanz- und Steuerreform aber hat die Arbeit des Reichstags vom Gesichtspunkt steuerrechtlicher Verträglichkeit ausser Acht gelassen. Hier zeigt sich zunächst in überaus höherer Weise der starke Einfluß kleiner Interessentengruppen bei der Warenbesteuerung und der Biersteuer. Diese Gruppen haben gezeigt, daß es ihnen überhaupt nicht auf die Durchführung einer planmäßigen Steuerreform ankommt, sondern nur auf die Erfüllung gruppenegoistischer und partikularistischer Forderungen.“

Es ist hier zu bedauern, daß ihnen die Träger von wirklichen Finanzreformplänen so leicht nachgegeben haben. Die erhöhte Umsatzsteuer erscheint in der beschlossenen Form verwaltungsmäßig überhaupt nicht anwendbar, sie wird erst im Weg der Ausführungsbestimmungen durch Aufzählung der Positiv- und Negativfälle brauchbar gemacht werden müssen. Daß sie den wirtschaftspolitischen Erfolg haben wird, den ihre Urheber erreichen möchten, ist kaum anzunehmen; sie wird ebensowenig bezwecken, wie ihre Vorgängerinnen und zeitgenössischen Schwägerinnen, die sich der zusätzlichen Steuerlast bedienen oder bedienen. Die Regelung der Biersteuer bedeutet schon einen Stauhalt.“

Mit dieser kleinen Blütenlese aus der Presse des industriellen Unternehmertums möge es heute sein Bewenden haben. Sie zeigt, daß sie höchst unangenehm berührt ist von der ebenso tollsten wie schließlich ganz zwecklosen Ausplünderung der Verbraucherschafft. Von Leuten, die es wissen können, ist schon wiederholt dargestellt worden, daß von den 12 Milliarden, die Deutschland seit dem Kriege im Auslande geliehen hat, so ziemlich alles dem Grundbesitz zugeflossen und von ihm in Fehlanlagen und anderer Matrien verschwendet worden ist. Zu der Milliardenhilfe hat die Verbraucherschafft noch kräftig in Gestalt von übersteuerten Lebensmitteln zugeholfen. Nichts hat es bei dem Grundbesitz genützt. Umsonst waren die Zollerhöhungen vom letzten

Der Vorwärts berichtet eine kleine Anekdote aus den letzten Tagen, wie ein Abgeordneter der Wirtschaftspartei einem ihn in der Wandelhalle des Reichstags bestimmenden Geschäftsmacher zugerufen hat: „Habt ihr denn nicht schon genug bekommen?“ Dieser Mittelständler hat mit feiner, temperamentsvoller Äußerung unabhängig den Beweggrund treffend gekennzeichnet, nach dem die Beschlüsse der neuen Regierung zustande gekommen sind. Geschäftsmacherei — jeder erhält sein Scherlein.“

Bei der Treibstoffsteuer haben zunächst der Bergbau und die chemische Industrie ein kleines Sondergeschäft durchgeföhrt. Sie haben durch ihre Vertreter in den bürgerlichen Parteien die von der Regierung vorgegebenen Steuerhöhen für die inländischen Treibstoffe, die ohnehin schon wesentlich geringer sein sollten als die der ausländischen, noch weiter herunter gehandelt, und zwar von 4,80 M der ursprünglichen Regierungsvorlage auf 3,80 M je Doppelzentner — ein rundes Geschäft, das allein dem Bergbau für seine Benzolproduktion einen jährlichen Mehrertrag von etwa 5 Millionen Mark verschafft. Falls die Benzolhersteller den jetzt geschaffenen Unterschied zwischen dem Zoll für Auslandsbenzol (12 M je Doppelzentner) und der Steuer auf Inlandsbenzol (3,80 M je Doppelzentner) auszunutzen sollten, so können sie ihre jährlichen Mehrerträge auf 30 bis 40 Millionen Mark erhöhen.

Die Agrarier haben eine Ermächtigung für das Finanzministerium durchgeföhrt, nach der die Beimischung von Monopolspirit zu Wein in einem bestimmten Verhältnis angeordnet werden kann. Die sinnlose Politik der „Weinweinsteuergaben“ und Verlustwirtschaft des Monopols soll also weiter erhalten werden, damit die längst

Uebelste Geschäftemacherei

Dezember und März, umsonst wird auch die letzte große sein. Wenn die ostelbischen Grundbesitzer von Staats wegen aufgekauft und ihre Güter Siedlern ganz unentgeltlich überlassen würden, die Steuerzahler wären ein gutes Geschäft machen und die Siedler desgleichen.

Aber diese straffällige Verschwendung von Steuer- und Verbrauchergrößen ist die Presse des industriellen Unternehmertums ganz mit Recht aufgebracht. Diese Presse scheint jedoch gar nicht zu wissen, daß die Verschwendung nur dadurch möglich ist, daß die Abgeordneten dieses Unternehmertums dem Grundbesitz die kolossale Beute zuschieben halfen. Wie, wenn nun die agrarische Presse dem industriellen Unternehmertum entgegenwürfe, daß der Grundbesitz ja nur tue, was die Industrie hundertfach verübt hat? Der agrarischen Presse wäre schmerzlich etwas Stichhaltiges entgegenzubringen. Denn wenn es zum Plündern der Verbraucher oder des Steuerfädels geht, stellen die Industriellen gleichfalls ihren Mann.

Wer weiß, ob die Lage der industriellen Presse über den jüngsten Rebbach der Grundbesitzer nicht nur das Vorspiel ist für einen Rebbach der Industriellen? Wer weiß, ob nicht bald die Industriellen erklären: Was den Grundbesitzern recht ist, ist uns billig! Wie diese, so wollen auch wir mehr Zolle, Steuererleichterungen und andere Liebesgaben! Dergleichen ist sogar wahrscheinlich. Wenn nicht alles trügt, werden sich zur Abwechslung die Industriellen so notleidend aufspielen, wie ihre Beutegenossen, die Junker. Die Regierung Brüning wird sie gleichfalls zufriedensstellen. Denn sie ist ja dazu geschaffen worden, den Herren mit den weiten Taschen und noch weiterem Bewußtsein die Schere zu füllen.

notwendige Einschränkung des Brennrechts verhindert wird. Diese Beimischung muß übrigens zur Folge haben, daß die Preise der Motorreibstoffe sich weiter nicht unerheblich erhöhen.

Die Wirtschaftspartei erhält für ihre neue Gefolgschaft als prompte Belohnung die Sonderbesteuerung der Großbetriebe. Diese sinnlose Sondersteuer, die nur zur Befriedigung der Agitationsbedürfnisse der Mittelständler eingeföhrt werden muß und die übrigens dem Mittelstand in keiner Weise helfen wird, bedeutet geradezu eine Bestrafung der modernen kostenparenden Warenverteilung im Großbetrieb. Die Warensteuer ist übrigens in hohem Maße eine Besteuerung der Konsumverneine, die jährlich mehr als 5 Millionen Mark Zuschlagssteuer entrichten müssen. Mit den Bayern hat man bei der Biersteuer gegen noch im einzelnen unbekannte Konzeptionen mit 48 v. H. Steuererhöhung „akkordiert“. Es verlautet, daß man den Umsatz der Bayern mit dem Bezugspreis erlaubt hat, sie mit in die „Drittel“ (1) für die Landwirtschaft einzuführen. Herr Schiele und der Landbund erhalten wiederum für die Zustimmung zu den Steuererhöhungen, was sie fordern: Unterbindung der Gefrierfleischimporte, Erhöhung der Zölle für Getreide, Schweine, Stärke, Wein, um nur die wichtigsten zu nennen...“

So steht der Kurs der neuen Regierung aus. Das ist keine Finanzreform zur Gesundung der Gesamtwirtschaft, kein Agrarprogramm zur Rettung der Landwirtschaft, sondern das ist überlebens Profit- und Geschäftemacherei, bei der jede Parteigruppe für ihre Wirtschaftsinteressen auf dem Rücken der breiten Massen ihr Schäflein ins Todene bringt.

Die Schäden der Monopolwirtschaft

Die Schiebung mit dem Stahlwerk Becker

Gerade jetzt, in der Zeit des wirtschaftlichen Tiefstandes und der sozialen Not fehlt es nicht an Leuten, die die Schuldigen für diese üblen Erscheinungen suchen. Die Unternehmer und ihre Helfer in der bürgerlichen Presse klagen die Gemeinschaften an, daß sie durch ihr Festhalten an einer „überparteilichen“ Sozialpolitik und einer „monopolistischen“ Lohnpolitik den Unternehmern die Rentabilität und den Arbeitern die Beschäftigung nähmen. Ein Rezept zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit und der anderen wirtschaftlichen Nöte preist man mit Pauken und Trompeten an: das Monopol der Gewerkschaften muß beseitigt werden, weil es die Übertragung der rückläufigen Konjunktur auf die Löhne verhindert — ist das abgestellt, dann ist die Arbeitslosigkeit nicht mehr da! Gerecht, nicht wahr?

Es bedarf hier keiner Begründung, daß wir — leider — noch weit entfernt sind von einem Monopol der Gewerkschaften, das in der Organisierung der gesamten Arbeiterschafft bestehen würde. Aber geradezu verheerend für die Volkswirtschaft wäre es, wenn die einseitigen Wirkungen des organisierten Kapitals durch die gewerkschaftliche Macht nicht einen gewissen Ausgleich fänden.

Die Unternehmer sind in Kartellen und Trusts in Zeiten des Tiefstandes vor Rückschlägen geschützt, nachdem sie die Sozlonpunkt auszunutzen konnten. Das sogenannte Risiko lebt für die Unternehmer nur noch in der Presse, in Wirklichkeit sorgen die Monopole für eine gleichmäßige Rentabilität und halten zu diesem Zweck zunächst einmal die Preise hoch, während diese in der vielgepriesenen „freien“ Wirtschaft mit der Konjunktur absinken und damit zu einer Stärkung der Kaufkraft und schließlich zur Überwindung des Tiefstandes beitragen. Von dieser Seite haben die Kartelle der Konjunkturbelebungen ein Hindernis gestellt, denn sie denken nicht daran, durch eine gesamtwirtschaftlich eingestellte Preispolitik die Voraussetzung für einen Aufschwung zu schaffen. Der vom Institut für Konjunkturforschung errechnete Index der freien und geregelten Preise zeigt, in welcher Weise die von den Kartellen bestimmten Preise der allgemeinen Preisbewegung entgegenlaufen.

Index der freien und geregelten Preise für industrielle Roh- und Halbfabrikate (1928 = 100)

	freie Preise	geregelte Preise
Januar 1928	110,0	99,7
Januar 1929	101,9	104,8
Januar 1930	90,4	105,0

Bei einem Rückgang der freien Preise um 20 Punkte wurden die geregelten Preise um 5 Punkte in die Höhe geschraubt. So wägt man die ungünstigen Wirkungen der Konjunkturschwankungen auf die Abnehmer der von den Monopolindustrien erzeugten Produkte ab und trägt durch deren Kaufkraftschwächung zu einer Verlängerung des wirtschaftlichen Tiefstandes bei.

Aber damit nicht genug. Der Lohn der Arbeiter muß auch noch herhalten. Da, wo der Tariflohn nicht abbaufähig ist, kürzt man die Akkordverdienste, die aber keine Zulage der Unternehmer darstellen, sondern erst durch Leistungssteigerung des arbeitenden Menschen auf ihren jetzigen Stand gebracht sind. Die gestiegene Leistung bleibt bestehen, der Arbeiter erhält aber seinen Lohn gekürzt, mit dem er vorher

Aus dem Inhalt

	Seite
Die „Wirtschaft“ ist enttäuscht — Uebelste Geschäftemacherei	
— Die Schäden der Monopolwirtschaft	137
Generalversammlung der AEG — Folgen der Zollerhöhungen	138
Die größten Pumpen der Welt — Die galvanische Verleumdung — Selbsttätiger Wärmeregler für Warmwasseranlagen	139
Elternsünden — Was kosten dem Arbeiter die Kinder? — Meine Mutter geht ins Geschäft	140
Unfallverbot durch Betrabsverletzung — Unterstützung bei Gelegenheitsverdienst — Ferienlohn, Krankengeld und Arbeitslosenunterstützung	141
Winke für Redner — Sitzung des Erweiterten Beirats — Schluss mit der Gefühlsduselei	142
Vom Schiffbau in England — Der bulgarische Gewerkschaftskongress — Aus Sowjetrußland	143

zu höheren Leistungen getrieben wurde. Um den einzelnen Arbeiter zu einem freiwilligen Verzicht zu bringen, droht man mit Betriebsstilllegung. Auch hier werden wieder die Unternehmerrn in besonderer Weise wirksam, wie das der Fall des Stahlwerks Beder zeigt.

Das bei der Erneuerung der Eisenverbände gebildete Konjunktionsamt umfaßt den größten Teil der deutschen Eisenerzeugung und macht die aufgekauften Werke der reaktionären Sozialpolitik der Eisenindustriellen nutzbar. Die Übernahme der Anteile (Quoten) und die Ausschaltung der Konkurrenz der Werke durch ihre Stilllegung ist der eigentliche Zweck. Diese Werke werden schließl. und beharrlich zum Zweck der Lohnpolitik benutzt. Die Öffentlichkeit läßt man solange wie möglich in dem Glauben, daß es sich um Einzelunternehmen handle, die ihre Tore für die Arbeiter nur geöffnet halten können, wenn sie mit einem Lohnabbau einverstanden sind. Daß es in solchen Fällen nicht um die Erhaltung der Rentabilität eines einzelnen Werkes geht, ist klar. Warum werden Konkurrenten ein Werk aufkaufen, das nach Aufzehrung der Unternehmer bereits auf dem Aussterbeort steht? Und warum wird für ein solches Werk ein Kaufpreis bezahlt, der 200 vH des Kapitalwertes beträgt, wenn zu gleicher Zeit das Kapital der aufkaufenden Werke an der Börse mit etwa 100 vH bewertet wird? Dieser Preis spricht doch mit aller Deutlichkeit dafür, daß dem Unternehmertum willkommene Lohnpolitische Zwecke nicht zu teuer sind oder daß sie lieber durch Quotenaustausch die Macht ihres Kartells stärken, als daß sie mehreren tausend Arbeitern auch in Zukunft ihre Arbeit lassen.

Die Bergwerkszeitung scheint an übermäßig kindliche Leser zu appellieren, wenn sie nach Ankündigung der Stilllegung des Stahlwerks Beder gegen die freien Gewerkschaften, die ihre Tarifpolitik nicht aufgeben, schreibt:

„Unsere gegenwärtigen tarifrechtlichen Normen beginnen sich zu einem starren Apparat auszuwachsen, der für die Steuerung unserer Wirtschaftsverhältnisse mit ihren feinen Verästelungen durch die einzelnen Unternehmungen nicht mehr geeignet ist.“

Wer soll bei einer so klaren und übersichtlichen Monopolbildung, wie sie in der Schwereisenindustrie vorliegt, noch an „feine Verästelungen durch die einzelnen Unternehmungen“ glauben? Daß den Produzenten an sich und nicht die Gewerkschaften und die Tarifverträge zur „Steuerung der Wirtschaftsverhältnisse“ ungeeignet erscheinen, braucht uns nicht zu wundern. Sie wollen auf Grund ihrer Monopolmacht allen Steuern, und auf hohe Preise und Lohndruck werden sie ihren Kompaß einstellen.

Die Konjunkturschwankungen, die früher auch für die Unternehmer nach den Vorteilen der Hochkonjunktur Rückschläge brachten, suchen diese für sich in ihren ungünstigen Wirkungen abzuwälzen. Die Schwankungen aber möchten sie nicht ganz beseitigen, denn damit kommen immer einmal Gelegenheiten für den sozialpolitischen Abbau. Prof. Adolf Weber vertritt sicher die Meinung der kapitalistischen Unternehmer, wenn er in seiner Schrift „Das Ende des Kapitalismus“ sagt:

„Die Konjunkturschwankungen als solche möchte aber kein verständiger Wirtschaftstheoretiker und Wirtschaftspraktiker missen, schon deshalb nicht, weil sie als luftreinigende Gewitter wirken, die im ganzen gesehen den Fortschritt nicht hemmen, sondern fördern.“

Furchtbare Auswirkungen dieser „luftreinigenden Gewitter“, für die sich jeder Arbeiter bestens bedankt, werden aber in Monopolindustrien nur für die Arbeiterschaft eintreten, denn hohe Preise bei großer Arbeitslosigkeit und Lohndruck sind hier die Erscheinungen der Krise. Die Arbeiterschaft wird sich gegen den organisierten Kapitalismus nur durch festere Zusammenkämpfe wehren können.

Schulze der Landwirtschaft“ in Wahrheit als Maßnahmen zum Schutze der ostelbischen Junker.

Der Verbraucherschutz werden rücksichtslos in einer Zeit furchtbare Massennot schwere Lasten aufgeschuldet. Die Unterbindung der Getreideexporte bedeutet allein eine Mehrbelastung von 30 bis 40 Millionen Mark im Jahre für die allerärmsten Schichten, wenn diese hierdurch nicht überhaupt zu einem Verzicht auf den Getreideverbrauch gezwungen werden. Die beschleunigte Erzeugung der Getreidepreise, die Zollhöherungen, die für Süllfrüchte, Mehl und sonstige Mülleerzeugnisse, Stärke, Milch, Eier, Federweid usw. vorgesehen sind, müssen weitere schwere Opfer der Massen nach sich ziehen. Der Reichsverband der Industrie hat bereits darauf hingewiesen, daß die unausbleibliche Folge dieser Liebesgaben an die ostelbischen Junker eine Welle von Lohnsenkungen sein muß, und der sozialdemokratische Abgeordnete Tarnow hat im Reichstag bereits angekündigt, daß die Arbeiterschaft bei den zahlreichen bevorstehenden Tarifsenkungen ihren Wechsel vorlegen wird.

Nicht minder verhängnisvoll sind die handelspolitischen Verordnungen, die drohen, da von dem Sammelsurium von Zollhöherungen eine große Zahl unserer Vertragsstaaten und Bundesländer betroffen werden. Die Annahme des polnischen Handelsvertrages nach fünfjährigem Stillstand scheint gefährdet. Polen ist bereits vorstellig geworden, desgleichen Argentinien, unser zweitgrößtes Absatzgebiet in Übersee, das durch die Abroffnung des Getreideexportes schwer beeinträchtigt wird. Die Erhöhung der Zölle für die Importe von Textilwaren, die den Weinländern Frankreich, Italien, Spanien bezaufschuldigen. Die Zollhöherungen werden aber ganz allgemein von allen Ländern mit landwirtschaftlicher Erzeugungswirtschaft, mit denen wir im engsten, zum Teil für Deutschland hochaktiven Warenaustausch stehen, also auch von Holland, Dänemark und den Oststaaten als ein Affront gegen sie empfunden, und so droht durch diese brutale Politik des Landbundes die Gefährdung unseres ganzen, mühselig aufgebauten Handelsvertragesystems, das den Grundpfeiler unseres Industriezweiges und damit unserer volkswirtschaftlichen Existenz bildet.

Einseitige Begünstigung des Großgrundbesitzes und der Adresswirtschaft zum Schaden des Bauerntums und der Veredelungswirtschaft, rücksichtslose Belastung der Verbraucherschaft, Aufspießung unserer Ausfuhr und damit schwerste Gefährdung der Gesamtwirtschaft, das sind die Merkmale des neuen Rufes in der Agrarpolitik, den die bürgerlichen Parteien trotz stärkster Warnungen aus dem eigenen Lager und gegen ihr eigenes besseres Wissen machen.

Wozu dienen die Arbeiterentlassungen in der Großindustrie?

Die starke Arbeitslosigkeit geht nur langsam zurück. Jetzt soll sie noch eine Verschärfung durch Massenentlassungen in der Großindustrie erfahren. Die Ruhrindustrie beabsichtigt ihren Arbeiterstand wesentlich zu vermindern. Die Firmen Siemens & Halske, S. G. Farbenindustrie, Mannfeld und viele andere folgen der gleichen Spur. Es wird über Mangel an Beschäftigung geklagt. Aber schon vorher war die Belegschaft der einzelnen Werke auf das äußerste eingeschränkt worden. Vorschläge der Betriebsräte, die Arbeitszeit einzuschränken, um die Entlassungen zu vermeiden, sind von den Werken abschlägig beschieden worden. Das Meer der Arbeitslosen soll unter allen Umständen vermehrt werden.

Wie wissen doch die Herren Großindustriellen die Arbeitslosenversicherung für ihre Zwecke auszunutzen! Um den eingearbeiteten Arbeiterstand zu retten, war man früher gezwungen, auf Lager zu arbeiten oder sonst für Beschäftigung zu sorgen. Jetzt werden Arbeitskräfte auf Lager gelegt und der Arbeitslosenversicherung überantwortet. Das Risiko der Konjunkturschwankungen trägt also ein sozialer Unternehmungsgeist. Daneben lassen aber die Massenentlassungen erkennen, daß die politische Reaktion auf das wirtschaftliche Gebiet übertragen wird. Die Arbeiterschaft soll müde gemacht und für Lohnkürzungen, Abbau der Sozialversicherungsgesetze usw. ein günstiger Boden geschaffen werden.

Vor allem liegt den Unternehmern die Gebundenheit der Tarifverträge im Wege. Sie lassen auf allen Märkten verfallen, daß sich die Wirtschaftslage in Deutschland mit einem Schläge besser würde, wenn das starre Tarifsystem freie und eine bewegliche Lohnfestsetzung möglich sei. Den Unternehmern schwillt der Rachen in Folge der politischen Änderung. Nicht wenig Schuld an diesen Dingen haben die Arbeiter selbst. Würden mindestens 75 vH aller Arbeiter und Angestellten in den Gewerkschaften einen festen Ball errichtet haben, dann würde es niemand wagen, den Arbeitern betriebl. Opfer anzumuten. Hier liegt das Grundübel.

Aufstieg der Arbeiterbank

Trotz allem Vertrauen in die gute Sache hätte wohl niemand eine so gute Entwicklung der Arbeiterbank vorausgesehen. Eine 15fache Steigerung der Einlagen, eine 13fache Steigerung des Umlages und eine 15fache Steigerung des Reingewinns von 1924 bis 1929 — das wäre selbst über den Horizont des süßesten Optimismus gegangen. Und doch ist eine solche Entwicklung eingetreten. Hat man bei der Gründung der Arbeiterbank über den kühnen Versuch gelacht, so ist jetzt das Lachen verstummt und neidisch blickt man auf die junge Schweizer, die noch gar nicht daran denkt, mit dem Aufstieg Schluss zu machen.

Vom Zahlenwerk aus dem Geschäftsbericht kurz folgendes (die Vorjahreszahlen in Klammern): Aktienkapital 12 (12) Millionen Mark, Reserven 17 (1,1) Mill. M., Gesamteinlagen 13 (17) Mill. M., gewährte Kredite 65 (62) Mill. M., Wertpapiere 13 (12) Mill. M., Kasse und Guthaben bei Banken 60 (52) Mill. M., Gesamtumsatz 2787 (2036) Mill. M., Sozial über die finanzielle Entwicklung, Gewinn- und Verlustrechnung: Einnahmen 4,5 (2,8) Mill. M., Unkosten und Steuern 2,4 (1,8) Mill. M., Reingewinn 2,1 (1,1) Mill. M. An Dividende wurden wiederum 10 vH des Aktienkapitals, mithin 1,2 Mill. M. ausgeschüttet. Aktionäre der Bank sind in der Hauptsache die Gewerkschaften.

Die Arbeiterschaft hat sich in dieser Bank ein Machtmittel von überragender Bedeutung geschaffen. Inmitten des wogenden Meeres der kapitalistischen Profitwirtschaft ist sie die ruhige Insel der Gemeinwirtschaft des arbeitenden Volkes. Neben der Finanzkraft und der Wirtschaftsgeltung der Konjunktionsgesellschaften ist sie eine Großmacht ersten Ranges.

Länderanteile im internationalen Waggonkartell

Um das Zustandekommen eines internationalen Waggonkartells ist man Monate hindurch bemüht gewesen. Jetzt steht der Vertrag vor dem Abschluß. Die Anteile der einzelnen Länder sollen nach der Reihenfolge wie nachstehend festgesetzt werden: Belgien 32, Deutschland 23,6, Frankreich 13,5, Italien 10, die Tschechoslowakei und Ungarn je 6, Österreich 2 und die Schweiz 1 vH. Die fehlenden 0,4 vH sollen auf Italien, Ungarn und die Tschechoslowakei verteilt werden. Deutschland steht anteilmäßig an zweiter Stelle. Belgien hat den größten Teil deshalb, weil die dortige Waggonindustrie bereits immer den Weltmarkt zu einem erheblichen Teile beherrscht. Durch das Kartell soll der jeweilige Binnenmarkt geschützt und der Export gemäß der Anteile aufgeteilt werden. Die obigen Anteile gelten also für die Ausfuhr, das heißt für den Bedarf an Waggonen in den oben nicht genannten Ländern.

Langsamer Rückgang der Arbeitslosigkeit

In der Zeit vom 16. bis 31. März ging die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung von 2 257 718 auf 2 063 337 oder um 204 386 zurück. Die Abnahme im Monat März betrug 25 000 gegenüber 60 000 im gleichen Monat des Vorjahres. In der Arbeitslosenversicherung stieg die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Berichtszeit von 286 000 auf 284 000. Ende März waren also insgesamt 2 347 077 unterstützte Arbeitslose vorhanden. Die Zahl ist um 26 000 höher als im Vorjahr. Die geringe Entlastung des Arbeitslosenmarktes ging fast ausschließlich von den Saisonberufen aus. Es geht im Baugewerbe sehr adärend vorwärts.

Generalversammlung der AEG

Von Julius Fries

Am 30. September 1929, dem Bilanztag für das Geschäftsjahr 1928/29, waren wieder nur noch 60 000 Arbeiter gegen 65 000 ein Jahr vorher beschäftigt. Der Umsatz aber war um 80 Millionen Mark höher als ein Jahr vorher und ist auf über 580 Millionen Mark gestiegen. Im Geschäftsbericht wird hierzu bemerkt, daß diese Steigerung weniger auf eine Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage zurückzuführen sei als auf die größere Wettbewerbsfähigkeit der Erzeugnisse infolge ihrer technischen Güte und der in den letzten Jahren durchgeführten Fabrikationsverbesserungen. In einem Jahr konnten also 5000 Arbeiter, an jedem einzelnen Arbeitsort also fast 20 Arbeiter entlassen werden, die Güte der von den übriggebliebenen Arbeitern hergestellten Waren wurde besser und besser, sodaß der Umsatz um 15 vH gegen das Vorjahr gesteigert werden konnte.

In der Generalversammlung aber trat ein Aktionär auf und erklärte, daß die um 1 vH erhöhte Dividende für die Stammaktien (diesmal gibt es 9 vH statt 8 vH im Vorjahr) durchaus nicht befriedigend sei. 9 vH Dividende seien absolut unzureichend, die Gesellschaft habe genügend verdient, um den Aktionären auch in schweren Zeiten ein Entgegenkommen zeigen zu können. Dieser Rebell verwies auf die hohen offenen Reserven und auf den Gewinnvortrag (diesmal 3,4 Millionen gegen 500 000 M im Vorjahr). Dieser Gewinnvortrag sollte nach Meinung des unzufriedenen Aktionärs lieber dazu verwendet werden, um die Dividende nicht nur auf 9, sondern auf 10 vH zu erhöhen. Dann würden immer noch 1,7 Millionen Mark als Gewinnvortrag übrig bleiben. Dieser Redner hatte noch mehr auf dem Herzen. Unter anderem bemängelte er, daß man die Börse noch drei Tage vor der Generalversammlung darüber im Zweifel gelassen habe, ob 8 oder 9 vH Dividende bezahlt werden, während im Vorjahr schon drei Wochen vor der Generalversammlung die Höhe der Dividende mit Sicherheit bekannt war. Besonders unangenehm war der Verwaltung der Vorzugsaktien in Stammaktien bestreiten wurde. Bald darauf aber habe an der Börse eine Kurssteigerung der Aktien stattgefunden, so daß bis zur Bekanntgabe des endgültigen Beschlusses große Vorläufe in den Vorzugsaktien von bestimmter Seite stattgefunden haben müssen, wodurch dieser Seite große Vorteile zugeflossen seien. Der Redner stellte die weniger wichtige Frage, wieviel Kleinaktionäre wohl von dem Laich der Vorzugsaktien Gebrauch gemacht haben. Von dem Generaldirektor, Geheimrat Dücker, erfolgte die klapprige Antwort: Es sei für die Gesellschaft unmöglich, ihre Bücher auf die Straße zu tragen. Das Wort sie sollen lassen staht!

In der angegebenen Umsatzzahl sind nur die Beträge der Kundeneinzahlungen enthalten, die von der AEG selbst und von den vollständig beherrschten Tochtergesellschaften ausgestellt wurden. Die große Zahl der Lieferungen aus den nicht völlig beherrschten Tochtergesellschaften ist unberücksichtigt geblieben. Ergänzt wurde noch bekanntgegeben, daß der Auslandsumsatz, der im Vorjahr 40 vH des Gesamtumsatzes ausmachte, zwar auch an sich gestiegen sei, diesmal aber nur 35 vH des Gesamtumsatzes betragen habe, was auf die rückgängige Geschäftslage in verschiedenen südamerikanischen Ländern zurückzuführen sein soll.

Die geleisteten Arbeitsstunden sind infolge durchgehender Rationalisierung trotz des vergrößerten Umlages zurückgegangen, jedoch es der Gesellschaft möglich war, ohne Gefährdung ihrer Rente eine Lohnerhöhung zu tragen. Wir haben aber gesehen, daß nicht nur der Ertrag nicht gefährdet war, sondern die Dividende noch um mehr als um 1 vH hätte erhöht werden können.

Der Rohgewinn, der sich schon im Vorjahr gegenüber dem Ergebnis von 1926/27 verdoppelt hatte, stieg diesmal von 31,9 auf 35,6 Millionen Mark. Ein Ausweis der Umsätze fehlt. Das letzte Mal waren die Steuern mit 9,78 Millionen Mark ausgewiesen, diesmal aber mit 12,1 Millionen Mark bei 580 Millionen Mark Umsatz, was gerade 2 vH des Umsatzes ausmacht. Die sozialen Lasten sind ebenfalls um 10,1 Millionen Mark im Vorjahr auf 11,5 Millionen Mark gestiegen (bei vermindertem Beschäftigt), was im Geschäftsbericht natürlich besonders erwähnt wird. Im Vorjahr hat man dem Wohlfahrtsfonds 2 Millionen Mark zugeführt, der diesmal mit 6,87 Millionen Mark ausgewiesen ist. Die aus diesem Fonds zu zahlenden Beträge werden nach Angabe der Verwaltung laufenden Konten entnommen. Dafür aber hat man diesmal neben den Abschreibungen von 1,7 Millionen Mark auf Gebäude und 2,43 Millionen Mark auf Maschinen noch eine Sonderabschreibung auf Anlagen in Höhe von 2 Millionen Mark vorgenommen. Auf die Kosten der Amerika-Ausfuhr wurden wieder 3 Millionen Mark abgeschrieben. Diese Amerika-Ausfuhr setzen wie im Vorjahr mit 132,5 Millionen Mark zu Buch.

Einen breiten Raum nehmen diesmal im Geschäftsbericht die Finanz- und sozialpolitischen Randbemerkungen ein. Die Verwaltung glaubt feststellen zu sollen, daß die Fesseln der seit der Stabilisierung betriebenen Finanz- und Sozialpolitik immer deutlicher in Erscheinung treten. Wenn die sozialen Lasten übertrieben werden, so werden sie zum Verderb für alle Beteiligten, denn sie können dann nicht aus den Überschüssen der Volkswirtschaft, sondern müssen aus der Substanz bezahlt werden. Genau so sei es — nach Meinung der AEG-Verwaltung — mit „übertriebenen“ Lohnsenkungen und auch mit den Steuern. Die Notwendigkeit und der Segen einer vernünftigen Sozialpolitik behauptet die Verwaltung der AEG aber anzuerkennen.

Es folgen dann verworrene Bemerkungen über den gestiegenen Reallohn der Arbeiter: der Reallohn des Durchschnitts der Gesamtbevölkerung aber könne nicht steigen, weil die Arbeitslosigkeit so groß sei und deshalb die Preise nicht sinken können. Das ist die alte Geschichte, wonach die Armut von der Poverty herkommt. Die AEG aber nennt in ihrem Bericht keine Gesamtlöhnsomme, sodaß man nicht in der Lage ist, an Hand der Durchschnittslohnsomme auch hier den zahlenmäßigen Nachweis zu führen, wie wenig hinter all diesem Gerede steht. Eine Änderung des nach Meinung der AEG-Verwaltung unhaltbaren Zustandes kann nur — „durch eine von Parteipolitiken freie, verantwortliche politische Führung Deutschlands erfolgen“. Das einzelne Unternehmen sei dem bestehenden Zustand gegenüber machtlos. Daß sich ein einzelnes Unternehmen aber im heutigen Deutschland der Regierung gegenüber diese Dreifaltigkeit herausnehmen darf, ist nach unserer bescheidenen Meinung ein Zustand, der dringend abgestellt werden muß. Es geht noch an, wenn diese wahren Herren Deutschlands in ihren Geschäftsberichten der Regierung und aller Welt ungefragt Ratsschläge erteilen, es ist aber doch ein starkes Stück, der Regierung (welcher übrigens, der preussischen oder der Reichsregierung?) unverantwortliche politische Geschäftsführung vorzuwerfen. Und das alles nur, um eine Rechtfertigung dafür zu finden, daß die International General Electric Company sich an der AEG finanziell beteiligt hat.

Die offen ausgemerkte Beteiligung der amerikanischen Gesellschaft an der AEG wird nach Durchführung der Kapitalerhöhung auf 210 Millionen Mark 30 Millionen Mark, also genau ein Siebtel betragen. Zu den bisherigen 32 Aufsichtsratsmitgliedern wird die amerikanische Gesellschaft fünf Herren entsenden, darunter Owen Young, den selben, der dem berühmten Young-Plan seinen Namen gegeben hat. Die vorliegende Bilanz zeigt erst einen Teil der amerikanischen Selbstzulüsse. Da die neuen Stammaktien mit einem Aufgeld von 100 vH und die umgewandelten Vorzugsaktien mit einem solchen von 80 vH ausbezahlt wurden, dürften der AEG aus die dem Geschäft bisher allein rund 40 Millionen Mark zugeflossen sein.

Über die Geschäftstätigkeit im laufenden Jahre äußert sich der Bericht zunächst befriedigend. Der inländische Auftrags-eingang sei jedoch rückgängig, und zwar gerade in den Erzeugnissen, deren Abnehmer in erster Linie staatliche und kommunale Organisationen sind, weil deren finanzielle Lage zur Einschränkung bei Erweiterungsbau und Renovationen zwingt. Wir dürfen also wohl zusammenfassend der AEG-Verwaltung zurufen: Gebt dem Staate was des Staates ist. Der Arbeiterschaft zeigen Geschäftsberichte dieser Art stets aufs neue, wie berechtigt ihr Anspruch ist, endlich an den Erfolgen der Rationalisierung gebührenden Anteil zu haben.

Folgen der Zollhöherungen

Die Erhöhung der Lebensmittelpreise, die von der Regierung während dem Reichstag vorgelegt und beschlossen wurden, sind in derartigen Hinsicht höchst wichtig und verhängnisvoll. Die Maßnahmen weisen sich für die Landwirtschaft als sehr ungünstig auswirken, sie werden eine schwere Belastung der Verbraucherschaft nach sich ziehen, und sie bedeuten eine starke Verarmung und Gefährdung für unsere auswärtigen Handelsbeziehungen.

Die Zollhöherungen sind in erster Reihe auf den Nutzen des Großgrundbesitzes abgestellt. Das gilt vor allem für die Ermächtigung zur Erhöhung der Getreidezölle und zur Hebung des Zollertrages bis auf 12,4. Die zu erwartende Verteuerung der Futtermittel muß sich für die Bauernwirtschaft, die auf Futtermittel für ihre Viehhaltung angewiesen ist, sehr nachteilig auswirken. Die Schweinefleisch-, die Geflügel-, die Pferdehaltung werden durch die neuen Zollhöherungen wesentlich verteuert. Diese Erhöhungen der Produktionskosten für den Bauern werden bei weitem die erzielbaren Preisverbesserungen übersteigen, die den Bauern als Folge der Zollhöherung für die tierischen Produkte (Schweine, Geflügel, Milch, Eier usw.) zum Landbau verbleiben werden. So erweisen sich denn diese „Maßnahmen zum



Technik und Werkstatt



Die grössten Pumpen der Welt

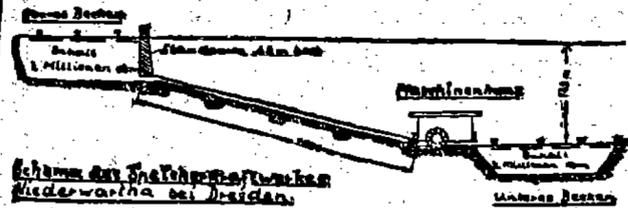
Von Ingenieur Pantenburg

(Nachdruck verboten.)

Die Frage des Energieausgleiches, der „Spitzendeckung“ ist für die heutige Elektrizitätswirtschaft von der weittragendsten wirtschaftlichen Bedeutung. Eine neuerdings, verschiedentlich in Erwägung gezogene und auch praktisch ausgeführte Möglichkeit zur Deckung der „Belastungsspitze“ in Energieversorgungsnetzen ist durch Pumpwasserspeicherwerke gegeben. Zunächst eine grundsätzliche Erklärung hierzu.

Im Prinzip arbeitet ein „Speicherkraftwerk“ kurz folgendermaßen. Es ist ein Speicherbecken vorhanden, das oberhalb des Krafthauses, in dem sich die Maschineneinheiten, Pumpen, Wasserturbinen und Stromerzeuger befinden, angeordnet ist. In den Zeiten erhöhten Energiebedarfes „Spitze der Belastung“, Tageszeiten also zwischen 7 und 10 Uhr oder 16 und 20 Uhr, werden die Wassermassen aus dem Speicherbecken durch die Wasserturbinen geschickt, die unmittelbar mit den Generatoren gekuppelt sind. Diese geben nun Energie in das Verteilungsnetz und decken somit die Verbrauchsspitze, die das sogenannte „Grundlastkraftwerk“ nicht aufbringen kann und auch nicht soll (s. später). Es ergibt sich hieraus schon der Charakter des Speicherkraftwerkes als „Spitzenlastkraftwerk“. In Zeiten schwacher Belastung entnehmen die nun als Motoren laufenden Stromerzeuger Energie aus dem Netz (also meist nachts und auch in den Tagesstunden geringer Last) und treiben die ebenfalls mit auf der Welle sitzenden Pumpen, die das Speicherbecken wieder auffüllen.

Dieser Vorgang dünkt einem scheinbar widersinnig. Wenn man ihn allein vom Standpunkte des Maschinenwirkungsgrades des Speicherkraftwerkes aus betrachten wollte, so ergäbe sich, daß erheblich mehr Energie zum Auffüllen des Speicherbeckens verwendet werden muß, als die hinaufbeförderte Wassermenge nachher wieder zu leisten vermag. Es stecken eben die Reibungs- und sonstigen Maschinen- und Rohrleitungsverluste darin. Vom wirtschaftlichen Standpunkt der gesamten Energieversorgungsanlage aus gesehen, also vom Grund- und Spitzenlastkraftwerk bis zum letzten und kleinsten Verbraucher, gestaltet sich das Bild wesentlich günstiger, wenn man bedenkt, daß die



nachts anfallende Energie doch nicht abgesetzt werden würde. Außerdem arbeiten die großen Maschinensätze, wenn nur wenig belastet, mit einem sehr schlechten Wirkungsgrad. Auch müßten die Maschineneinheiten der Grundlastkraftwerke für die höchste Spitze, die doch nur wenige Stunden auftritt, dimensioniert werden. Und nicht allein die Maschinen, auch die Kesselanlagen, kurz alles, was irgendwie mit den Maschinen zusammenhängt, müßte größer und damit teurer werden und würde trotzdem weniger ausgenutzt.

Eine ganz charakteristische und neuzeitliche Speicherkraftanlage von größten Ausmaßen ist das Mitte Dezember 1929 im ersten Ausbau dem Betrieb übergebene Speicherkraftwerk Niederwartha an der Elbe bei Dresden. Dieses Werk ist zum Ausgleich der Tagesspitzen im Energiebedarf der Stadt Dresden errichtet. Für die Grundlast des Versorgungsnetzes kommen die beiden Großdampfkraftwerke Böhlen und Hirschfelden auf.

Es wirkt sich in zweifacher Hinsicht außerordentlich günstig aus, daß Niederwartha am Ende der von den oben erwähnten Werken kommenden Fernleitungen liegt. Einmal werden die Leitungen durch die Tagesspitzen nicht belastet, dann sind sie durch die konstante Grundbelastung, die die Dampfkraftwerke aufbringen, dauernd ganz ausgenutzt. Traten irgendwelche Störungen in diesen oder auf den Fernleitungen auf, so kann Niederwartha, infolge seiner Lage unberührt von der Störung, sofort Energie abgeben, wodurch eine sehr hohe Sicherheit in der Stromlieferung gewährleistet ist.

Die Anlage selbst besteht aus zwei Speicherbecken, einem unteren und einem oberen, dem Maschinenhaus und der Freiluftschaltanlage. Das untere Becken liegt bei Niederwartha in der Nähe der Elbe und ist von einem 6 Meter hohen Deiche umschlossen. Sein Nutzinhalt ist 2 Millionen Kubikmeter. Die Differenz zwischen höchstem und niedrigstem Wasserstand beträgt 4,25 Meter. Das Maschinenhaus liegt im Zuge der Umdeichung, einen Teil dieser bildend. Eine doppelte, annähernd 1800 Meter lange Druckrohrleitung geht zum oberen Speicherbecken, das im „Silbergrund“ gelegen ist. Dieser ist durch einen Staudamm von 42 Meter Höhe abgeschlossen und nimmt bei einer Erhöhung des Wasserstandes um 9,5 Meter einen Inhalt von 2 Millionen Kubikmeter auf. Die mittlere Höhendifferenz zwischen den Wasserständen des oberen oder unteren Beckens ist 143 Meter.

Mitte Dezember wurden die beiden ersten Speicherpumpensätze dem Betrieb übergeben. Es sind die größten Pumpen der Welt mit einer Förderleistung von 12 000 Liter Wasser pro Sekunde. Hierzu ist ein Kraftbedarf von 27 000 PS (fast 20 000 KW) erforderlich. Die Wasser-

turbinen leisten rund 30 000 PS. Die Pumpensätze sind je auf einer horizontalen Welle angeordnet in der Reihenfolge: Wasserturbine, Bauart Voith, Generator (Motor), Kupplung, Zentrifugalpumpe mit drehbaren Leitschaufeln, Bauart Voith-Sulzer.

Die drehbaren Leitschaufeln der Pumpen dienen zum Öffnen und Schließen, dann zum Anlassen, Abstellen und zur Stromunterbrechung. Bei dem täglich erfolgenden Auffüllen des oberen Speicherbeckens wird in die Generatoren die in den Stunden geringer Last anfallende Überschussenergie der Dampfkraftwerke hineingeschickt, diese treiben dann, nun als Motoren geschaltet, über die Reibungskupplung die Pumpen. Dabei läuft das Laufrad der fest gekuppelten Wasserturbine leer mit. Beim Auftreten der Spitze in den Zeiten stärkster Netzbelastung wird das aufgespeicherte Wasser den Turbinen zugeführt, nachdem vorher die Pumpen abgekuppelt wurden.

Zwei Millionen Kubikmeter Wasser im 143 Meter Höhe entsprechen einer Energiemenge von 560 000 Kilowattstunden. Der erste Ausbau des Speicherkraftwerkes Niederwartha umfaßt vier, der Endausbau acht gleiche Speicherpumpensätze der oben beschriebenen Art mit einer Leistung von insgesamt 160 000 Kilowatt.

Die galvanische Verbleiung

Die Herstellung galvanischer Bleiniederschläge hat erst in den letzten Jahren ihre praktische Bedeutung erlangt. Die älteren Bleibäder, wie sie von französischen Galvanotechnikern zuerst hergestellt wurden, ergaben weniger dichte Niederschläge, und es war an die Erzielung stärkerer Bleischichten überhaupt nicht zu denken. Die Abscheidung der Bleischicht erfolgte meistens in schwammiger Form, sodaß die Verbleiung geringen Schutz gegen chemische Einflüsse bildet. Nach den neueren Bleibädern wird das Blei aus den Salzen der Oxydulgruppen ausgeschieden und beträgt das chemische Äquivalent pro Ampere-stunde 3,85 g Blei. Die Stromausbeute dieser Bäder beträgt etwa 100 vH, sodaß selbst die Verbleiung in sehr dicken Schichten in kurzer Zeit ausgeführt werden kann. Dieser Arbeitsschnelligkeit kommt noch die Anwendung hoher Stromdichten zugute, da die modernen Bleibäder mit Stromdichten von 2 bis 5 Ampere pro Quadratdezimeter arbeiten.

Die galvanische Verbleiung findet Anwendung zum Verbleien kleiner Massenartikel der Installationsbranche und wird diese sicher und schnell in Trommel- und Glockenapparaten ausgeführt. Die galvanische Verbleiung liefert gegenüber der Heißverbleiung weichere Niederschläge, so daß die Praxis schon zum Teil zu galvanischen Bleilegierbädern übergegangen ist. Zum Verbleien der chemischen Apparatur wird die chemische Verbleiung gegenüber der Homogenverbleiung noch wenig angewandt.

Ein älteres Bleibad alkalischer Art setzt sich zusammen aus 1 Liter Wasser, 50 g Ätzkalium, 5 g Bleiglätte. Man arbeitet mit einer Badspannung von 2,5 Volt bei Anwendung von Bleianoden. Es ist dies eines der ältesten Bleibäder und arbeitet sehr gut auf Eisen und Stahl. Jedoch versagt es bei der Bildung stärkerer Niederschläge und die Metallabscheidung erfolgt schwammig. Das Bad besitzt ein gutes Streuungsvermögen und ist gut für profilierte Gegenstände.

1 Liter Wasser, 85 g Kieselfourwasserstoffsäures Blei, 70 g Kieselfourwasserstoffsäure, 1,5 g Gelatine. Badspannung 0,3 bis 0,5 Volt, Stromdichte 1,2 bis 2,5 Amp. je qdm.

1 Liter Wasser, borflourwasserstoffsäures Blei 95 g, Borflourwasserstoffsäure, 1,5 g Gelatine. Diese sauren Bäder arbeiten vorzüglich und bringen starke Niederschläge in ganz kurzer Zeit. Sie haben einen kleinen spezifischen Badwiderstand und arbeiten mit einer Stromdichte von nahezu 100 vH. Dagegen vertragen die borflourwasserstoffsäuren Bäder noch höhere Stromdichten und können diese bei Bewegung des Elektrolyten und hoher Konzentration an Bleisalz bis zu 10 Amp. pro qdm gesteigert werden. Es gelingt in diesem Bade Niederschläge bis zu 10 mm Stärke herzustellen. Der Zusatz der Gelatine ist eine reine Kolloidwirkung und wandert als positives Kolloid in sauren Lösungen mit zur Kathode und scheidet sich teilweise mit aus. Bei einer Badkonzentration von 40 Grad Bé kann man eine Stromdichte von 8 bis 10 Ampere pro qdm anwenden.

Ein weiteres Kieselfourwasserstoffsäures Bleibad ist folgendes: Die im Handel erhältliche zirka 33prozentige Kieselfourwasserstoffsäure verdünnt man mit Wasser bis zu einer Schwere von 20 Grad Bé und gibt vorsichtig 130 g Bleikarbonat zu, so daß etwa im Liter 100 g Bleimetall vorhanden sind. Nach dem Eintragen des Bleikarbonats verwandelt sich ein Teil der abgestumpften Schwefelsäure, welche in der Kieselfourwasserstoffsäure enthalten ist, mit dem Bleikarbonat in dem unlöslichen Bleisulfat, welches zu Boden sinkt. Dann gibt man 1 g Gelatine in gelöster Form pro Liter zu.

Ein amerikanisches Bleibad alkalischer Art ist folgendes: 1 Liter Wasser, 75 g Bleizetat, 200 g Ätznatron, 3 bis 10 g Sandarica (Harz). Jedoch arbeitet dieses Bad langsamer wie die sauren. Es besitzt eine gute Streuung und arbeitet bei 60 bis 70 Grad Celsius mit einer Stromdichte von 1 Ampere. Unter anderm löst sich Aluminium ohne jegliche Schwierigkeiten verbleien.

Selbsttätiger Wärmeregler für Warmwasseranlagen

(Nachdruck verboten.)

Für Warmwasserbereitungsanlagen ist ein neuartiger Temperaturregler geschaffen worden, der sich durch seine zweckmäßige Arbeitsweise und besonders durch seine überaus vielseitige Anwendbarkeit auszeichnet. Die Wirkungsweise dieses neuen Reglers ergibt sich aus der Verwendung eines gegen Temperatur-schwankungen besonders empfindlichen Thermostaten, durch welchen ein Regulierventil beeinflusst wird. Je nachdem die gewünschte Temperatur des Gebrauchswassers in der betreffenden Anlage erreicht oder unterschritten wird, öffnet oder schließt der in einem Tauchkörper untergebrachte Thermostat allmählich das Regulierventil, so daß also ohne Hilfe von Luftdruck oder Wasserdruck völlig geräuschlos eine unmittelbare Regelung stattfindet.

Was die Anwendbarkeit des Reglers betrifft, so erstreckt sich diese nicht nur auf Gegenstromapparate, Kessel usw., sondern auch auf offene Gefäße, Kochapparate usw. Das Heizmittel kann Niederdruckdampf, Hochdruckdampf oder Heißwasser sein; bei

Hochdruckdampf von mehr als 8 Atmosphären Überdruck muß ein Reduzierventil eingeschaltet werden. Zur Erreichung einer zuverlässigen und genauen Regelung ist die Art des Einbaus von ausschlaggebender Bedeutung. Insbesondere bei Gegenstromapparaten für Warmwasserheizung und bei Boilern für Warmwasserbereitung ist der zweckmäßige Einbau des Temperaturreglers unerlässlich. Grundlegend für den Einbau ist die Frage, ob bei der betreffenden Anlage der Wasserdurchfluß ununterbrochen oder unterbrochen stattfindet. Bei ununterbrochenem Wasserdurchfluß muß der Tauchkörper des Reglers in seiner ganzen Länge gut von dem Gebrauchswasser umspült werden, was am besten in der Abflußleitung zu erreichen sein wird. Bei unterbrochener Wasserentnahme ist es zweckmäßig, den Tauchkörper in den oberen Teil des Warmwasserboilers wagrecht einzubauen, wobei jedoch darauf geachtet werden muß, daß er nicht etwa zu nahe an die Heizschlange herankommt und von dieser beeinflusst wird. Da der Tauchkörper in jeder Lage anwendbar ist, kann man ihn bei offenen Gefäßen, je nach den Verhältnissen, wagrecht oder senkrecht anordnen.

Das Regulierventil wird in die Heizmittelzufuhrleitung eingebaut. Um es vor Verschmutzung zu schützen, wird ein aus rost- und säurebeständigem Material bestehendes, feinmaschiges Sieb in die Heizmitteleingangsseite eingebaut. Dem Ventil des Temperaturreglers muß ein Absperrventil vorgeschaltet werden, das man schließt, wenn der Warmwasserbereiter außer Betrieb gesetzt werden muß.

Zum Einstellen der Wärmegrade befindet sich am Reglerkopf eine Einstellspindel, deren Bewegung mittels eines Schlüssels nach dem Buchstaben W hin erfolgt, wenn eine wärmere Temperatur gewünscht ist, und nach dem Buchstaben K, wenn eine kältere Temperatur verlangt wird. Bei der Drehung nach K, die mit größter Vorsicht zu erfolgen hat, muß man zunächst den Dampf abstellen, damit ein schädlicher Überdruck in dem Reglersystem vermieden wird.

Die selbsttätigen Regler werden in Größen von 15 bis 250 mm mit einem Arbeitsbereich für 30 bis 100 Grad Celsius herausgebracht; die Regler bis 50 mm werden ganz in Rotguß, die von mehr als 50 mm in Grauguß mit Rotgußarmatur geliefert. Als Ventile gelangen bis 50 mm Muffen- oder Flanschventile, von 60 mm aufwärts stets Flanschventile zur Verwendung. Das Verbindungsrohr zwischen Tauchkörper und Ventil ist in der Regel 2 m lang, doch können auch kürzere oder längere Rohre geliefert werden. Für die chemische Industrie stehen Sonderausführungen des Reglers mit Tauchkörpern aus säurefestem Material zur Verfügung. G. Hth.

Glänzende Erfolge eines Leichtflugzeuges

Man hat oft schon darauf hingewiesen, daß das Verkehrsmittel der Zukunft das Kleinflugzeug sein dürfte, dem übrigens eine ähnliche Entwicklung vorausgesagt wird, wie seinerzeit dem Auto. Wie außerordentlich zuverlässig und dauerhaft heute schon derartige Flugzeuge gebaut werden, zeigt recht deutlich der vor einiger Zeit von dem Freiherrn von König-Warthausen auf einem Klein-Flugzeug ausgeführte Weltflug, bei dem ein Flugmotor von nur 20 PS benutzt wurde, eine Maschinenleistung — kaum so groß wie die eines Droschkenautos! Nach einer von Hauptmann Schreiber verfaßten und von den Daimlerwerken herausgegebenen Druckschrift handelt es sich um einen normalen 20 PS-Mercedes-Benz-Flugmotor, bei dem nur die Zahl der Flächentanks vergrößert und eine Ölrücklaufpumpe eingebaut wurde. Der kleine Zweizylindermotor lief stets einwandfrei und wurde nur einmal gegen einen neuen Motor desselben Fabrikats ausgewechselt, da geringfügige Ausbesserungen an Ort und Stelle (Kalkutta) nicht vorgenommen werden konnten. Im Durchschnitt der langen Reise betrug der Brennstoffverbrauch nur 6,5 Liter bei einem Ölverbrauch von 300 Gramm je Stunde.

Der Weltflug mit 20 PS, eine sportliche Großtat ohnegleichen, ging über Urwälder und Wüsten, über tropenheiße Dschungeln, über weite Wasserstrecken und über Gebirge von stellenweise mehr als 5000 Meter Höhe. Die erste Teilstrecke Berlin—Moskau wurde ohne Zwischenlandung zurückgelegt, der Weiterflug erfolgte über Charkow-Rostow-Wladikawkas nach Baku. Beim Überfliegen des Kaukasus ein kleiner Zwischenfall: Steindäler stoßen auf die Maschine herab und greifen sie regelrecht an. Über den Urwäldern Persiens begleiten Tausende von Flamingos das schwache Flugzeug des Weltfliegers als „rosarote Wolke rechts und links“. Weiter geht es über Schiras in die Richtung nach Buschir. Landung in einem Dorf von Nomaden, die beim späteren Start große Gastgeschenke machen und vom Weltflieger als Gegengeschenke Feuerzeuge und auf besonderen Wunsch — Benzin und Schmieröl erhalten, „da es gegen Magenschmerzen helfe“. Die nächsten Teilstrecken sind Benderabas-Karachi-Kalkutta-Bangkok-Singapore. Dann geht es über Kanton-Shanghai nach Kobe-Tokio, von wo aus das Flugzeug nach San Francisco verfrachtet wird. Den Schluß bildet der lange Flug quer durch die Vereinigten Staaten bis zum Flughafen von Neujork. Fürwahr ein glänzender Beweis für die Qualität des Flugmotors und eine beispiellose Bewährung des kleinen Flugzeuges. Dazu kommt dann noch, daß der Weltflug von einem Jungflieger ausgeführt wurde, der vorher insgesamt erst 25 Stunden am Steuer von Sportflugzeugen gesessen hatte!

Die Verwendungsgebiete des Stellite

Unter Stellite ist eine im wesentlichen aus Kobalt, Chrom und Wolfram bestehende Legierung von außergewöhnlicher Härte zu verstehen, die schon seit Jahren zur Herstellung von besonderen Schneldrehstäben Verwendung findet. Die Fortschritte in der Gewinnung dieser Legierung haben dazu geführt, diesen Werkstoff — namentlich wegen seines hohen Widerstandes gegen Abscheuern — auch auf anderen Gebieten zu werten. Das Abnutzungproblem spielt in der Technik eine wichtige Rolle: man ist bestrebt, allen jenen Maschinenteilen, die bisher starkem Verschleiß ausgesetzt waren, eine längere Lebensdauer zu geben, und ist nun dazu gelangt, solche Teile mit Stellite zu überziehen, indem man diese Legierung auf Eisen oder Stahl aufschweißt. Man erhält so einen plattierten Gegenstand, dessen Oberfläche aus einer hochwertigen Legierung besteht, die starken Widerstand gegen Abnutzung aufweist, während die Unterlage Eisen oder Stahl ist, hinreichend fest und zäh, um die Schutzschicht tragen zu können. Durch ein solches Zusammenschweißen wird erreicht, daß der Maschinenteil viel länger hält als ein Eisen- oder Stahlteil allein, und fester und billiger ist als ein ganz aus Stellite gefertigtes Stück. Ein derartiges Verfahren ermöglicht es ferner, abgenutzte Flächen durch Aufschweißen von Stellite wieder instandzusetzen.

Stellite findet immer mehr Eingang in der Schwerindustrie, wo die Maschinenteile oft sehr starker Abnutzung ausgesetzt sind; auch landwirtschaftliche Maschinen, Gesteinsbohrmaschinen und Metallpressen kommen hier in Betracht. Die Feinindustrie benutzt die erwähnte Legierung bei der Herstellung der Farbenmühlmehlen und Kollergänge. Zement und Zementklinker wird gemahlen und befördert unter Verwendung von Stelliteilen. Die wassersamen Flächen der Kollidmühlen sind mit diesem Werkstoff bekleidet und dadurch gehärtet, wie dies überhaupt in gleicher Weise für alle Maschinen zutrifft, in denen harte Stoffe zerkleinert und gemahlen werden.



Familie und Heim



Vorbild

Mutter sein heißt sich bemühen,
Daß man selber Vorbild werde
Für die guten Eigenschaften,
Die man seinem Kinde lehrt.

Nimmer können wir verlangen,
Daß die Kleinen sich bezähmen,
Wenn manch schlimme Leidenschaften
Unsre eignen Flügel lähmen.

Gutes Beispiel ist das beste
Samenkorn für Kinderherzen;
Deshalb gilt es unermüdet
Seine Fehler auszumerzen.

Laß uns nicht allein mit Worten,
Sondern durch die Tat erziehen!
Dann wird in den jungen Menschen
Eine helle Zukunft blühen.

St. Schulz.

Elternsünden

Man macht so seine Beobachtungen. Früh führt mich mein Weg über einen Schmutzplatz, der von Ruhebänken umgeben ist und in dessen Mitte für unsere Kinder ein Sandhaufen thronet. Am Morgen reißt dieser seine künstlich geformte Spitze stolz in die Luft, und ich bewundere die Mühe, mit der der alte, gutmütige Gartenarbeiter ihn immer wieder aus dem Nichts zusammenschuttet. Denn schon mittags ist der Sandhaufen meist bedenklich in die Breite gegangen. Die ganz Kleinen, die noch nicht Schulpflichtigen haben ihm vormittags ja schon mehrere Stunden zugelegt. Es ist aber eine wahre Lust, wenn man sieht, mit welcher Ausdauer und Einbildungskraft die kleine Welt hier spielt und ihre Gräben und Mauern, Sandformen und Hügel baut! Daher sehe ich mich gern für ein halbes Stündchen hin und sehe der kleinen Gesellschaft zu.

Aber nicht nur dieser, auch den Erwachsenen. Und da regt sich in mir immer wieder der Geist des Widerspruchs.

Wie oft schon konnte ich beobachten, daß sich eine Mutter mit Überredungskünften, mit guten oder bösen Worten immer wieder bemühte, ihr Kind vom Spiele wegzubringen und zum Heimgehen zu bewegen, wenn die Stunde geschlagen hatte. Ich konnte eine Art Stufenleiter von Szenen zusammenstellen, die sich dabei abspielten: pflegen, vom künftigen Gehorsam an bis zu einer an Rippelei grenzenden Widersetzlichkeit.

Auf die oft erörterte Frage des kindlichen Gehorsams sei hier nicht tiefer eingegangen, sondern nur auf eine Kleinigkeit hingewiesen: Vater und Mutter haben verspielt, wenn sich das Kind gewöhnt, auf eine gegebene Anordnung hin mit den Eltern zu „verhandeln“, die Hinausjähmung des Befehls zu versuchen, zu betteln, Gegenstände aller Art anzuführen. Die beste Regel ist: gib nicht zu viel Anordnungen, anbere dich kurz und bündig, überlege dir vorher genau, ob dein Befehl berechtigt ist, sage es dann ein mal, sage es auch zweimal, öfter nicht! Dafür bringe auf sofortige vorbehaltlose Ausführung! Hat man das Kind von früh an in diese Richtung geleitet, so wird ihm der Gehorsam gegenüber den Eltern bald das Selbstverständliche sein, und es ist zwischen Kind und Eltern eine Reibungsfläche vermieden, die die Entzweiung in so vielen, besonders in kinderreichen Familien empfindlich zu hören pflegt.

Ein anderes Bild! — Kommt da neulich ein Vater mit seinem Söhnchen quer über den Platz gegangen. Das Bürschchen ist kaum drei Jahre alt und bemüht sich aus Leibeshäften, mit dem vorwärtsstrebenden Vater Schritt zu halten, der in seiner Gedankenlosigkeit gar nicht sieht, wie sich der Kleine abquält, wie er trippelt und rennt, um mitzukommen. Wie wenig wird von den Eltern doch in dieser Hinsicht auf die Kleinen Rücksicht genommen, deren Körper und Seele hier eine ungeheure Arbeit leisten muß! Man denke doch bei allem, was man den Kindern zuzieht, stets an sich selbst. Was würde unser Körper dazu sagen, wenn wir anhaltend etwa neben einem Pferde herrennen müßten?

Eine eigentlich selbstverständliche Forderung ist die, daß man als Erwachsener auf die Angelegenheiten des Kindes so weit und so oft als möglich eingetrit. Da kann man aber auf Straßen und Plätzen, besonders Sonntags sein klares Wunder erleben! Zwar werden die Kinder zu Spaziergängen und Ausflügen mitgenommen, aber wenn sie nicht gerade Spielgefährten haben, kümmert sich kaum jemand für das, was sie von den Dingen in der Welt sehen. Da unterhält sich der Vater mit der Mutter, mit dem Kinde, mit der Laute über sonstiges für Alltagsleute: das Kind bleibt mit seinen Angelegenheiten nahezu unberührt oder wird gar „angehängelt“, wenn es weagt, die Unterhaltung der Großen mit seinen Fragen und Beobachtungen zu stören.

Nachmittags kommt regelmäßig ein Herr, aufstehend ein hochhabender Kaufmann, mit seinem etwa fünfjährigen Jungen. Er läßt das Kind nicht von der Hand, noch wie habe ich es heranzuziehen sehen. Beide sehen sehr lustig aus, Vater wie Sohn. Alles an ihnen ist „wie gelebt“: Anzug, Gesicht, gepflegte Hände, Kopfbedeckung usw. In der Mitte des Platzes und an den Seiten quillt und springt die Jugend durcheinander. Hier, auf einer gegenüberliegenden Bank, sitzen die beiden Einzelflecken und wechseln hier und da ein allfälliges Wort. Ich denke mir: was ein Kind! Ihr Eltern, gebt euren Kindern Kameraden! Jedes Schicksal hat doch Gemeinschaft mit jedem anderen und wird erst dann seiner selbst ganz froh! Erst im Verkehr mit Menschen gleichen Alters und gleicher Entwicklungsstufe kann das Kind in natürlicher Weise aus sich herauswachsen und gedeihen und jene frühe, Uniprägnanz und unsere Lebensspüle behalten, die das Schicksal am Menschen ist und allein eine willkürliche Persönlichkeit zu erzeugen vermag.

So selbstverständlich das ist, so böse sieht da noch in manchen Elternköpfen aus. Der Umgang könnte nicht passender sein, das Kind könnte Unarten mitbringen, es gewöhnt sich zu sehr ans herumtollen und was dergleichen Engstirnigkeiten mehr sind. Wie richtig hatte doch demgegenüber ein einfacher Mann, der am Sonntagvormittag mit seinem Kleinen über den Platz kam, seine Vaterstellung erfüllt! Trotz des Sonntagmorgens machte der Junge beim Vater „Gudepad“, jauchzte in die Welt hinaus und strahlte übers ganze Gesicht, als der Vater ihn herunterholte, nochmals in der Luft schwenkte und mit einem solennem Stuß auf den Boden setzte. Aus innerstem Gefühl heraus tat der Mann zudem mit seiner Zärtlichkeit etwas, wonach sich Kinder auch vom Vater, nicht nur von der Mutter aus hin und wieder sehnen: Zärtlichkeit! — In jedem Wesen lebt eine geheime Sehnsucht danach. Schenkt sie euren Kindern, schenkt ihnen Liebe und Wärme in Form der Zärtlichkeit, sonst werden sie ebenso hart, verbissen, mit sich zerfallen, wie ihr Eltern es oft seid! Freiheit soll Zärtlichkeit mit Maß angewandt werden und nicht in Süßlichkeit und fortwährende Tätschelei ausarten.

Daß man überhaupt in der Angleichung an kindliche Art auch des Guten zu viel tun kann, das zeigte mir ein Vater, der sich einmal mit seinem vierjährigen, frisch in die Welt blühenden Knirps neben mir niederließ. Auf alle Fragen des Kleinen ging er liebevoll ein, aber er tat das in einer Sprachform, das heißt in einer gemacht-kindlichen Sprache, die für einen Ein- oder Zweijährigen gepaßt hätte. Zweifellos hatte der gutmütige Herr sich seinerzeit ganz auf den „Jargon“ des Ein- oder Zweijährigen eingestellt, aber er hat vergessen, was Eltern überhaupt niemals vergessen sollten, daß nämlich aus Kindern Leute werden. Meine so freundlich als möglich vorgebrachte Aufforderung, mit seinem Jungen vernünftig zu reden, schien ihn etwas zu verschüppern; denn er stand auf und verabschiedete sich. Doch hatte ich das Gefühl: er hat's begriffen, und das war die Hauptsache.

Unter Wille, ein wenig Nachdenken und die Beobachtung des Rahelgebenden und Selbstverständlichen: die Vereinerung dieser drei Dinge erpart den Eltern jedes pädagogische System, aber auch viel Ärger; unseren Kindern kann sie nur zum Segen werden!

Was kosten dem Arbeiter die Kinder?

Wie aus den weiteren Ergebnissen der amtlichen Erhebungen von Wirtschaftserhebungen zu ersehen ist, ist der Einfluß der Kinderzahl auf die Angelegenheiten im Arbeiterhaushalt groß. Das vorliegende Material gestattet zu sagen, daß sich mit der Familiengröße die Ausgaben für die Ernährung erhöhen, während die sonstigen Ausgaben für die Lebensbedürfnisse zurückgehen. Mit anderen Worten: je größer die Kinderzahl in den Arbeiterfamilien, um so geringer der Anteil der Familienangehörigen an allgemeinen Lebens- und Kulturgenüssen.

Die Einschränkung tritt nicht nur bei den sonstigen Lebensbedürfnissen (Kulturbedürfnissen) in Erscheinung, sondern auch bei den Nahrungs- und Genussmitteln. So tritt vor allem bei den Nahrungsmitteln mit wachsender Familiengröße ein beträchtlicher Rückgang der Ausgaben je Vollperson ein. Wenn wir die Arbeiterhaushaltungen mit einem Jahreseinkommen von 3000 bis 8000 M. nehmen, so ergibt sich folgendes:

Ausgegeben werden in Haushaltungen an		sonstigen Lebensbedürfnissen	
	Bezugs-mittel		
ohne Kinder	1210 M.		1976 M.
mit 2 Kindern	1471 M.		1734 M.
mit 4 bis 6 Kindern	1671 M.		1569 M.

Ausgegeben werden auf die Vollperson umgerechnet in Haushaltungen an		sonstigen Lebensbedürfnissen	
	Bezugs-mittel		
ohne Kinder	634 M.		1037 M.
mit 2 Kindern	482 M.		680 M.
mit 4 bis 6 Kindern	379 M.		470 M.

Demnach beträgt, um nur ein Beispiel anzuführen, der Rückgang der Ausgaben je Vollperson von der Familiengruppe ohne Kinder bis zu der Gruppe mit 4 bis 6 Kindern 66 v. H., das heißt die Ausgaben bei den Nahrungsmitteln verringern sich in diesem Fall bei der Vollperson um mehr als ein Drittel. Bei wachsender Kinderzahl kann für die einzelne Vollperson nicht mehr so viel aufgewandt werden, selbst wenn es sich um Nahrungsmittel handelt. Zur Erläuterung noch folgende Angaben:

	Ausgegeben werden im Durchschnitt der Haushaltungen an		je Vollperson	
	ohne Kinder	mit 4-6 Kindern	je Haushaltung	je Vollperson
Vater	85,01	44,58	49,16	11,14
Mutter	64,14	33,60	68,57	13,27
Obst	59,50	31,22	49,88	11,30
Gewürze	56,41	29,55	69,98	13,60
Beifrost und Feigenfleisch	38,20	20,01	68,67	13,30
Rochen usw.	27,79	14,66	34,19	7,74
Schokolade z. a.	13,22	6,93	12,72	2,88

Ein Verbrauchsrückgang je Vollperson bei Haushaltungen von 4 bis 6 Kindern gegenüber Haushaltungen ohne Kinder ist zu verzeichnen bei Butter 75 v. H., Eier 61 v. H., Obst 64 v. H., Gewürze 54 v. H., Beifrost und Feigenfleisch 34 v. H., Rochen usw. 47 v. H., Schokolade 58 v. H.

Allerdings nimmt mit der Familiengröße der Verbrauch je Vollperson an Roggen-, Gerst-, Weizen- und Schwarzbrot durchweg und der von tierischen und gemischten Fettsäuren (Schmalz und Margarine) sowie von Kartoffeln zu. Je größer also die Kinderzahl, um so mehr muß die Arbeiterfamilie auf gute Nahrungsmittel verzichten.

	So geben im Durchschnitt Haushaltungen ohne Kinder aus für		je Vollperson	
	je Haushaltung	je Vollperson		
Roggen- und Gerstbrot	58,28 M.	30,58 M.		
Fette außer Butter	33,30 M.	17,44 M.		
weisse Margarine	20,35 M.	10,66 M.		
Kartoffeln	34,97 M.	18,32 M.		

	Nad im Durchschnitt geben bezogen Haushaltungen mit 4 bis 6 Kindern aus für		je Vollperson	
	je Haushaltung	je Vollperson		
Roggen-, Gerstbrot usw.	105,37 M.	42,02 M.		
Fette außer Butter	131,95 M.	29,91 M.		
weisse Margarine	80,65 M.	4,28 M.		
Kartoffeln	102,18 M.	23,16 M.		

Die Verbrauchserhöhung beträgt demnach bei Kartoffeln je Haushaltung 192 v. H., je Vollperson 25 v. H., bei Margarine je Haushaltung 298 v. H., je Vollperson 72 v. H.

Zusammengefaßt ergibt sich, daß der Verbrauch je Vollperson bei Vater, Mutter, Obst und Feigenfleisch, Fleisch, Obst, Gewürze, Beifrost und Feigenfleisch mit wachsender Kinderzahl zurückgeht, daß dagegen der Verbrauch an Schmalz und Margarine, Roggen-, Gerst-, Weizen- und Kartoffeln mit der Kinderzahl zunimmt.

Da Butter, Eier, Fleisch und Fisch zu den Hauptträgern der Eiweißstoffe gehören, zeigt sich, daß in den Haushaltungen mit wachsender Kinderzahl eine Verminderung in der Güte der Ernährung eintritt. Auch die durchschnittlichen Aufwendungen für alkoholische Getränke, Tabak, Zigarren, Vergnügungen usw. gehen mit wachsender Kinderzahl zurück.

In bezug auf die Wohnungsmiete ist folgendes festzustellen. Mit wachsender Kinderzahl ist eine Erhöhung der Ausgaben für Miete im allgemeinen nicht zu bemerken. Demnach bestehen in der durchschnittlichen Wohnungsmiete der einzelnen Gruppen keine erheblichen Unterschiede. Also: Mit der Kinderzahl nimmt nicht die Wohngröße, aber die Wohnhöhe zu.

Auch was Bekleidung und Wäsche anbetrifft, zeigen die Ergebnisse, daß der Verbrauch von 211 M. je Vollperson in den Haushaltungen ohne Kinder auf 127 M. je Vollperson in den Haushaltungen mit 4 bis 6 Kindern oder um 40 v. H. fällt.

Und soweit in den Haushaltungen Ersparnisse gemacht worden sind, gehen diese Beträge mit wachsender Kinderzahl erheblich zurück. Sie stellen sich im Erhebungsjahr auf 81 M. in den Haushaltungen ohne Kinder und sinken auf 15 M. in den Haushaltungen mit 4 bis 6 Kindern.

Durch die Größe der Kinderzahl wird der Lebensstandard der Arbeiterfamilie wesentlich beeinflusst. Geringe Kinderzahl bedeutet für die Arbeiterhaushaltung größeren sozialen Lebensraum, während größere Kinderzahl für die Arbeiterhaushaltung seine Verengung bedeutet.

Lorenz Poppe

Meine Mutter geht ins Geschäft

Als mein Vater starb, ging ich noch zur Schule. Ich verlor meinen besten Freund, meine Mutter ihren Wegweiser, wir beide den Ernährer. Er ist nie aus unserer Erinnerung gewichen. Immer muß ich daran denken, wie er zu mir sagte: „Junge, sei fleißig, sonst kommst du im Leben nicht vorwärts.“ Das war mir wie ein Vermächtnis. Mit dem Tode des Vaters hatte meine Mutter die ganze Last allein zu tragen. Sie mußte zur Arbeit, damit wir zu essen hatten. In aller Frühe ging sie zur Fabrik, spät abends erst kehrte sie wieder heim. Dann verrichtete sie die Hausarbeit. Sie lockte für den andern Tag, füllte das Geschirr, schickte meine Hosen, und bevor wir schlafen gingen, machte sie die Betten. An einem Sonntag hatte sie Wäsche, am folgenden mußte sie bügeln. Schaffen ohne Unterlaß. Ich half ihr mit meinen schwachen Kräften. Als Schuljunge verdiente ich in einem Monatshaus monatlich drei Mark.

Meine Mutter wurde vorseitig alt und kränklich. Als ich aus der Schule kam, ließ sie mich ein Handwerk lernen. Mein Onkel schenkte sie, sie wollte alles für mich tun. Drei Jahre lang ging ich in die Lehre und verbiente nichts. Für alles mußte meine Mutter sorgen. Sie durfte nie krank sein. Willige Tropfen waren ihre Arznei. Wenn ich ausgerechnet habe, so nahm ich mir fest vor, soll meine Mutter schönere Tage erleben! Ich baute Lustschlösser für meine Mutter.

Endlich war die Lehrzeit beendet, die Pläne sollten nun verwirklicht werden. Das war keineswegs so einfach, wie ich es mir vorgestellt hatte: ich fand keine Arbeit! Die Sorgen meiner Mutter wurden noch größer. Ich brauchte Kleider und Schuhe. Statt meiner Mutter nun helfen zu können, fiel ich ihr noch mehr zur Last. Was hilft mir mein Handwerk, wenn ich keine Arbeit finde? Was nützt es, daß ich groß und stark bin, wenn ich nirgends mit anfangen darf? So suchte ich vergeblich einen Ausweg. Ich ging auf die Wanderschaft, nahm Arbeit, wo ich sie fand. Aber immer war die Arbeit von kurzer Dauer. Nirgends konnte ich Wurzel fassen. Und meine Vorhaben, meine Mutter zu unterstützen, blieb jetzt wie ein unerfüllt.

Die Arbeitslosigkeit griff immer weiter um sich. Und wer einmal von ihr erfaßt wird, den umlauert sie ständig. Es ist wie eine Kette, die man dauernd hinterherzieht. Sie macht einen müde. Wird man von ihr hartnäckig verfolgt, dann kann sie einen zur Verzweiflung bringen.

Nichts konnte ich mir erlauben, woran ich in der Jugend dachte. Schon schloß ich mir seine Wege. Stets unzufrieden mit sich und seinen Mitmenschen.

Gewöhnlich wurde ich im Winter arbeitslos. Da sah ich nun im Zimmer und las oder schenkte ich den Strahlen umher. Abends besuchte ich Versammlungen und Vorträge. Aber wo ich auch hinging, mit was ich mich auch beschäftigte und mir die Zeit vertrieb, immer verfolgte mich der grauame Gedanke — meine Mutter!

Meine Mutter geht ins Geschäft. Genau noch so wie damals, als ich noch zur Schule ging. Früh morgens, wenn der Tag dämmert, hat sie keine Ruhe mehr. Und abends nach Feierabend schafft sie ihren Haushalt und lockt für den andern Tag.

Meine Mutter hat mich heranwachsen, hat mich groß und stark werden sehen. Und ich habe sie altern sehen. So müssen wir einander herbeileben. Oft sehen wir uns tagelang nicht, weil mich die Anruhe fortreibt — irgendwohin. Wenn ich dann abends spät nach Hause komme, schläft sie schon, und wenn ich auch noch so leise und vorsichtig aufstehe — sie schreit doch aus dem Schlaf auf. Und wenn sie mich im Schlafwachen fragt: „Bist du, Fritz?“ — dann wage ich nicht nein zu antworten. Ich möchte rufen: „Ich bin nicht der, der ich sein will.“

Dann grübe ich im Bette über unser beider Schicksal nach. Ich möchte aufbrechen im wilden Zorn und mich losreißen von meinem Fluch. Segen Morgen breche ich müde zusammen und lasse tief. Zur selben Zeit dämmert der Tag. Und meine Mutter geht wieder ins Geschäft!

Fritz Böll

Soll die Ehe für beide Gatten ein befriedigendes Zusammenleben gewähren, so erfordert sie, neben der gegenseitigen Liebe und Achtung, die Sicherung der materiellen Existenz, das Vorhandensein desjenigen Maßes von Lebensnotwendigkeiten und Annehmlichkeiten, das die Gatten für sich und ihre Kinder glauben notwendig zu haben. Die schwere Sorge, der harte Kampf um das Dasein sind der erste Nagel zumERGE ehelicher Zufriedenheit und ehelichen Glücks. Die Sorge wird aber um so größer, je fruchtbarer die eheliche Gemeinschaft sich erweist, also in je höherem Grade die Ehe ihren Zweck erfüllt. Der Bauer zum Beispiel ist begnügt über jedes Kalb, das seine Kuh ihm bringt, er zählt mit Behagen die Zahl der Jungen, die ein Mutterweib ihm wirft, und berichtet mit Befriedigung das Ereignis seinen Nachbarn, aber derselbe Bauer blüht düster, wenn seine Frau ihm zu der Zahl seiner Sprößlinge, die er ohne zu schwerer Sorge gläubig erziehen zu können — und groß darf sie nicht sein — einen neuen Zuwachs meldet, um so düsterer, wenn das Neugeborene ein Mädchen ist, ein Mädchen zu sein.

(Aus Bebel's Buch: Die Frau und der Sozialismus.)

Wunderkind im Alter

In den neunziger Jahren trat in Europa und Amerika der Bürger und Potentat ein Kind auf, das die schwersten Rechen- und Spielarten löste. Es konnte astronomische Zahlen multiplizieren und dividieren, die Wurzel aus ihnen ziehen und potenzieren, ohne je einen Fehler zu machen. Der Junge hieß Moritz Krausk und stammte aus Budapest. Das Wunderkind reiste zum Rhein. Der Rufum ließ nach; er wurde ein kleiner Beamter in einem budapester Unternehmen. Dann kam er zum Hilfsmagazinverwaltung herab und errechnete sich die Anzahl der Weizenkörner im Lagerhaus. Jetzt rüchete er, arbeitslos geworden, ein Aufnahmegericht an das budapester Armenhaus. Er hat es nicht verstanden, das Wunder zu verwirklichen.



Sozialpolitik



Sie nehmen, was unsre Einigkeit schuf

„Die reaktionärste Regierung seit der Revolution!“ so nannte der Zentrumsmann Schlad die Bürgerblockregierung, die unter Führung des „christlichen Arbeiterfreundes“ Dr. Brünning steht und auf die Selbsthilfe der Arbeiter, auf die Konsumvereine, eine harte Sondersteuer legte.

Das Brot, das ihr euch dankt, haben sie verteuert, Den Lohnd, den ihr euch geschaffen, besteuert Aus Haß und Neid. Wofür ihr Strenge auf Strenge zurückgelegt, Das haben sie höhrend in ihren Säden gefest, Weil ihr Arme seid.

Von dir, Prolet, wird jeder Hohn erhoben, Auf deine molten Schultern wird geschoben Eine jede Last. Deine Taschen werden bis zum Grund durchwühlt, Deine Kleider werden sorgsam abgeföhlt, Ob du noch was hast.

Sie predigen: Gilt dir selber, Opti hilft allbann, Und heben lauernd auf dein Erspartes an Gegen dich im Komplott. Woran du gebaut hast, Tag für Tag, Nehmen sie gierig für sich la Beschlag, So hilf dir Gott!

Sie mahnen, hübsch artig und ruhig zu sein: Wari nur ein Weichgen, gebilde dich sein, So wirst du erlöst. Und schaffst du gebuldig, gestrikt man es raus, Wie seinen Stod in den Ameisenbau Der Dube löst.

Sie heucheln, dich hätten sie gar nicht gemeint. — Amellen, hier steht der Feind! Der Feind, Der den Bau zerstöhlt. Deckt eure Burg, verstopft jeden Miß! Fliehend hat oftmals den Ameisenbiß Ein Dube geföhlt. Jonathan.

Anfallverhütung durch Betriebsvereinfachung

Der Prozeß zur Erzeugung wirtschaftlicher Güter ist in den letzten Jahren weitgehend vervollkommen und auf Massenherstellung umgestellt worden. Es werden zu den meisten Arbeiten Maschinen verwendet. Die Unfallverhütungstechnik wurde in weitestgehendem Maße vereinfacht. Durch die Amerikanisierung der deutschen Betriebe wurde die Zahl der Schaffenden, welche der Unfallversicherung unterliegen, verhältnismäßig verringert. Wenn trotzdem die Zahl der Unfälle nicht abgenommen, sondern noch weiter zugenommen hat, so hat dies in erster Linie seinen Grund darin, daß die im Arbeitsprozeß stehenden Menschen in tatsächlicher Hinsicht seit dem Jahre 1914 sich vermehrt haben. Die Ursache dieser Zunahme liegt in dem Wegfall des Militärs, in vermehrter Frauenarbeit und in dem andern gearteten Altersaufbau. Daß bei dieser Sachlage auch die Betriebsvereinfachung sich mehrmals hat auf der Hand, vollends wenn man in Betracht zieht, daß auch der Kreis der versicherten Personen eine weitere Ausdehnung erfahren hat. Die Abnahme der Betriebsunfälle durch die Betriebsvereinfachung, die sie zum Teil deckten wird, kann nicht mit Sicherheit erwiesen werden, jedenfalls dürfte sie verhältnismäßig gering sein. Wohl haben die Vereinfachungsmaßnahmen der Arbeiterschaft ohne Zweifel bessere Arbeitsbedingungen, wie Einschränkung der Handarbeit, Wegfall schwerer körperlicher Anstrengung usw. gebracht. Der Fortschritt der Transmissionen in den Fabrikräumen ermöglicht eine bessere Raumbeleuchtung und Überflächlichkeit und erhöht die Unfallverhütung, welche sich jedoch in der Zahl der Verletzten leider nicht entsprechend auswirkt. Die Gründe dafür liegen tiefer. Sowohl die Körper- als auch die Geistesarbeit ist bei der heutigen Betriebsweise verringert, geliebten ist nur eine fast ausschließlich mechanische Beschäftigung. Diese muß aber von der Arbeit entfernt und die innere Anteilnahme an der Arbeit auf einen geringen Grad herabdrücken. Dazu kommt, daß ein bestimmtes inneres Verhältnis zum Unternehmer von ebendem durch den Zusammenschluß der Industrie fast völlig geschwunden ist. Der Mensch wird nur noch als Maschine angesehen, gesteigerte Daseinsdrang drücken auf das Gemüt des Hart in der Arbeit stehenden Volksgenossen. Diese Entweihung der Arbeit hat in der Arbeiterschaft ein Unlustgefühl erweckt, welches gerner und eine gewisse Gleichgültigkeit an der Arbeit erzeugt. Bei dieser feindlichen Verfassung des Arbeiters ist es natürlich, daß er der Unfallgefahr mehr ausgesetzt ist. Daraus erklärt sich auch, daß die Verringerung der Unfälle durch die Betriebsvereinfachung nur eine scheinbare ist, zum mindesten sie stark abschwächt.

Ob das Steigen der Unfälle gegenüber der Vorkriegszeit nur durch die größere Zahl der Versicherten bedingt ist oder noch andere Gründe hat, kann mangels nötiger Unterlagen aus der Friedenszeit nicht sicher gesagt werden. Man wird aber sagen können, daß die steigenden Unfallziffern nicht allein in dem vergrößerten Versicherungskreis, sondern auch in der gewandelten Eigenart der Menschen zu suchen ist, die hauptsächlich durch die größere wirtschaftliche Not seit Kriegsende gezeitigt wurde. Der Versicherte verlangt heute mit Nachdruck sein Recht. Wenn vor dem Kriege keine Unfälle nicht zur Anmeldung kamen, so ist dies heute, wo jeder Arbeiter auf den Pfennig setzen muß, anders. Jeder Unfall wird heute angemeldet. Mit Recht. Auch die Krankenkassen haben früher nicht überall das Recht, sich nur einen Unfall ahnen, Ersatzansprüche bei den Versicherungsanstalten gestellt. Heute müssen sie es tun, weil ihre Kassenlage sie dazu zwingt.

So liegen die Dinge. Trotz aller Betriebsvereinfachung und Fabrikraumhygiene ist die Zahl der Unfälle weit über den Friedensstand in die Höhe geschossen. Tote Maschinen verbunden mit wirtschaftlicher Not haben das Schöpferische im Menschen unterdrückt und sie deshalb und wegen der geforderten höchsten Anspannung der Arbeitskraft in gleicher, wenn nicht in verstärkter Weise der Unfallgefahr ausgesetzt.

Es muß deshalb nicht nur technisch, sondern auch menschlich die Unfallverhütung angepaßt werden. Um zu den gewünschten Zielen zu kommen, müssen die Ursachen der Unfälle und ihr Zeitpunkt allgemein erfasst werden. Hierbei wäre besonders die Wirkung der Arbeitsanpassung auf die Unfallzahl zu erforschen. Die Anlage und Fortführung einer solchen Statistik wäre eine dankbare Aufgabe und zugleich ein soziales Mittel zu der Erkenntnis der Unfallursachen und ihrer Beseitigung. Man könnte daraus lehrreiche Folgerungen darüber ziehen, ob die Dauer der Arbeitsleistung bei der Unfallzahl eine bedeutende Rolle spielt, insbesondere, ob die meisten Unfälle nach unumkehrbar starkem Kräfteverbrauch sich ereignen, die Arbeitszeit also zu lang ist und abgekürzt werden muß, um volkswirtschaftliche Höchstleistungen zu erzielen, die auch in der Verminderung der Unfallanschädigungen zu erblicken sind. Wenn auf diese Weise einwandfreie Unterlagen durch die Statistik geschaffen werden, dann ist man eher in der Lage, das Übel an der Wurzel zu fassen.

Unterstützung bei Gelegenheitsverdienst

Schaffen sich Arbeitslosen- oder Krisenunterstützungsempfänger durch Aushilfsarbeit einen Gelegenheitsverdienst, so muß das dem Arbeitsamt gemeldet werden. Tun sie dies nicht und es wird dem Arbeitsamt nachträglich bekannt, dann müssen sie die zuziel erhaltene Unterstützung zurückzahlen und können außerdem nach § 259 WVBVG bis zum zehnfachen Betrag der täglichen Unterstützung bestraft werden, sofern nicht gar eine Anzeige wegen Betrugs erstattet wird. Ist es nun wirklich notwendig, daß sich der Arbeitslose dieser Gefahr aussetzt?

Nach § 112 WVBVG wird Gelegenheitsverdienst durch geringfügige, nicht versicherungspflichtige Beschäftigung bis zu 20 vH des Unterstüßungsbetrages einschließlich der Familiengzuschläge nicht angerechnet. Der Mehrverdienst wird dann auf 50 vH auf die Unterstützung angerechnet. Eine weitere Kürzung tritt ein, wenn die so berechnete Unterstützung 150 vH des Unterstüßungsbetrages, die der Arbeitslose bei Vollarbeit erhalten würde, übersteigt.

Ein Beispiel: Ein Arbeitsloser mit Frau und einem Kind erhält nach Klasse 9 eine Unterstützung von wöchentlich 22,95 M. Er hat die Möglichkeit, durch Aushilfsarbeit, die nicht in seinem Beruf fällt, einen Gelegenheitsverdienst von 8 M zu erwerben. In diesem Falle wird wie folgt gerechnet:

Unterstützungssatz	22,95 M
Anrechnungsfreier Betrag (20 vH)	4,59
Verdienst und ausgezahlte Unterstützung dürfen zusammen nicht mehr betragen als 150 vH	34,42
Gelegenheitsverdienst	8,—
Davon anrechnungsfreier Satz (20 vH)	1,60
Verbleiben	3,41 M

Auf die Unterstützung können davon angerechnet werden 50 vH = 1,70 M

Diese 1,70 M gekürzt um 22,95 M ergeben den Anspruch auf eine Unterstützung von 21,25 M.

Gelegenheitsverdienst und Unterstützung zusammen erreichen nicht den Betrag von 150 vH, sondern nur 8 und 21,25 M = 29,25 M.

Das selbe Beispiel mit höherem Gelegenheitsverdienst:

Der Gelegenheitsverdienst beträgt	18,— M
Davon ab 20 vH (wie oben berechnet)	3,60
Verbleiben	14,40 M

Von diesem Betrag werden 50 vH = 7,20 M auf die Unterstützung angerechnet; also Unterstützungssatz von 22,95 M ab 7,20 M ergibt 17,25 M.

Die auszahlende Unterstützung von 17,25 M und 18 M Nebenverdienst sind zusammen eine Einnahme von 35,25 M. Der zulässige Betrag von 150 vH = 34,42 M ist auch dadurch noch nicht erreicht.

Auch für die Lebigen ist eine Notwendigkeit nicht gegeben, sich durch Gelegenheitsarbeit einer Vertreibung auszuweisen oder angebotene Hilfsarbeit auszusagen. Ein Lebiger mit einem Verdienst nach Klasse 7 erhält eine Unterstützung von 14,68 M. Er hat die Möglichkeit, 8 M nebenbei zu verdienen. Berechnung:

Unterstützungssatz	14,68 M
Anrechnungsfreier Betrag (20 vH)	2,92
Unterstützung und Nebenverdienst dürfen zusammen 150 vH nicht übersteigen	21,95
Der Gelegenheitsverdienst beträgt	8,— M
Davon sind anrechnungsfrei obige 20 vH	2,92
Verbleiben	5,08 M

Von diesem Betrag werden 50 vH = 2,54 M auf die Unterstützung angerechnet; also Unterstützungssatz von 22,95 M ab 2,54 M ergibt 17,25 M.

Die auszahlende Unterstützung von 17,25 M und 18 M Nebenverdienst sind zusammen eine Einnahme von 35,25 M. Der zulässige Betrag von 150 vH = 34,42 M ist auch dadurch noch nicht erreicht.

Auch für die Lebigen ist eine Notwendigkeit nicht gegeben, sich durch Gelegenheitsarbeit einer Vertreibung auszuweisen oder angebotene Hilfsarbeit auszusagen. Ein Lebiger mit einem Verdienst nach Klasse 7 erhält eine Unterstützung von 14,68 M. Er hat die Möglichkeit, 8 M nebenbei zu verdienen. Berechnung:

Unterstützungssatz	14,68 M
Anrechnungsfreier Betrag (20 vH)	2,92
Unterstützung und Nebenverdienst dürfen zusammen 150 vH nicht übersteigen	21,95
Der Gelegenheitsverdienst beträgt	8,— M
Davon sind anrechnungsfrei obige 20 vH	2,92
Verbleiben	5,08 M

Von diesem Betrag werden 50 vH = 2,54 M auf die Unterstützung angerechnet; also Unterstützungssatz von 22,95 M ab 2,54 M ergibt 17,25 M.

Die auszahlende Unterstützung von 17,25 M und 18 M Nebenverdienst sind zusammen eine Einnahme von 35,25 M. Der zulässige Betrag von 150 vH = 34,42 M ist auch dadurch noch nicht erreicht.

Auch für die Lebigen ist eine Notwendigkeit nicht gegeben, sich durch Gelegenheitsarbeit einer Vertreibung auszuweisen oder angebotene Hilfsarbeit auszusagen. Ein Lebiger mit einem Verdienst nach Klasse 7 erhält eine Unterstützung von 14,68 M. Er hat die Möglichkeit, 8 M nebenbei zu verdienen. Berechnung:

Unterstützungssatz	14,68 M
Anrechnungsfreier Betrag (20 vH)	2,92
Unterstützung und Nebenverdienst dürfen zusammen 150 vH nicht übersteigen	21,95
Der Gelegenheitsverdienst beträgt	8,— M
Davon sind anrechnungsfrei obige 20 vH	2,92
Verbleiben	5,08 M

Von diesem Betrag werden 50 vH = 2,54 M auf die Unterstützung angerechnet; also Unterstützungssatz von 22,95 M ab 2,54 M ergibt 17,25 M.

Die auszahlende Unterstützung von 17,25 M und 18 M Nebenverdienst sind zusammen eine Einnahme von 35,25 M. Der zulässige Betrag von 150 vH = 34,42 M ist auch dadurch noch nicht erreicht.

Auch für die Lebigen ist eine Notwendigkeit nicht gegeben, sich durch Gelegenheitsarbeit einer Vertreibung auszuweisen oder angebotene Hilfsarbeit auszusagen. Ein Lebiger mit einem Verdienst nach Klasse 7 erhält eine Unterstützung von 14,68 M. Er hat die Möglichkeit, 8 M nebenbei zu verdienen. Berechnung:

Unterstützungssatz	14,68 M
Anrechnungsfreier Betrag (20 vH)	2,92
Unterstützung und Nebenverdienst dürfen zusammen 150 vH nicht übersteigen	21,95
Der Gelegenheitsverdienst beträgt	8,— M
Davon sind anrechnungsfrei obige 20 vH	2,92
Verbleiben	5,08 M

Von diesem Betrag werden 50 vH = 2,54 M auf die Unterstützung angerechnet; also Unterstützungssatz von 22,95 M ab 2,54 M ergibt 17,25 M.

Die auszahlende Unterstützung von 17,25 M und 18 M Nebenverdienst sind zusammen eine Einnahme von 35,25 M. Der zulässige Betrag von 150 vH = 34,42 M ist auch dadurch noch nicht erreicht.

Auch für die Lebigen ist eine Notwendigkeit nicht gegeben, sich durch Gelegenheitsarbeit einer Vertreibung auszuweisen oder angebotene Hilfsarbeit auszusagen. Ein Lebiger mit einem Verdienst nach Klasse 7 erhält eine Unterstützung von 14,68 M. Er hat die Möglichkeit, 8 M nebenbei zu verdienen. Berechnung:

Unterstützungssatz	14,68 M
Anrechnungsfreier Betrag (20 vH)	2,92
Unterstützung und Nebenverdienst dürfen zusammen 150 vH nicht übersteigen	21,95
Der Gelegenheitsverdienst beträgt	8,— M
Davon sind anrechnungsfrei obige 20 vH	2,92
Verbleiben	5,08 M

Von diesem Betrag werden 50 vH = 2,54 M auf die Unterstützung angerechnet; also Unterstützungssatz von 22,95 M ab 2,54 M ergibt 17,25 M.

Die auszahlende Unterstützung von 17,25 M und 18 M Nebenverdienst sind zusammen eine Einnahme von 35,25 M. Der zulässige Betrag von 150 vH = 34,42 M ist auch dadurch noch nicht erreicht.

Auch für die Lebigen ist eine Notwendigkeit nicht gegeben, sich durch Gelegenheitsarbeit einer Vertreibung auszuweisen oder angebotene Hilfsarbeit auszusagen. Ein Lebiger mit einem Verdienst nach Klasse 7 erhält eine Unterstützung von 14,68 M. Er hat die Möglichkeit, 8 M nebenbei zu verdienen. Berechnung:

Von diesem Betrag werden 50 vH auf die Unterstützung angerechnet 2,54 M.

Der Unterstützungssatz von 14,68 M gekürzt um 2,54 M ergibt die auszahlende Unterstützung von 12,09 M. Zusammen mit dem Gelegenheitsverdienst hat der Lebige 20,09 M und bleibt damit unter dem Betrag von 21,95 M.

Hat dieser Lebige jedoch einen Nebenverdienst von 20 M, so würde sich folgendes ergeben:

Gelegenheitsverdienst	20,— M
Davon ab 20 vH (wie oben)	3,92
Verbleiben	17,08 M

Anrechnungsfähig auf die Unterstützung sind 50 vH = 8,54 M. Die Unterstützung von 14,68 M, um diesen Betrag gekürzt, verbleibt noch mit 6,09 M. Dieser Unterstützungssatz von 6,09 M und der Nebenverdienst von 20 M ergeben ein Einkommen von 26,09 M. Da beides zusammen den Betrag von 150 vH des Unterstützungssatzes (21,95 M) nicht überschreiten darf, muß der Unterstützungssatz von 6,09 M um den überschreitenden Betrag gekürzt werden:

Einkommen	26,09 M
Davon ab der 150prozentige Unterstützungssatz	21,95
Verbleiben	4,14 M

Der oben errechnete Unterstützungssatz von 6,09 M muß demnach um weitere 4,14 M gekürzt werden. Der Betreffende würde also nur 1,95 M Unterstützung erhalten.

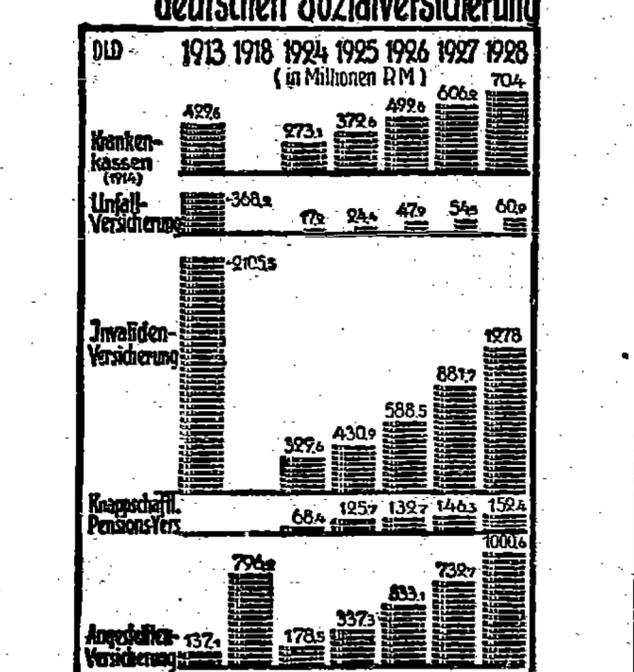
Würde sich das im Laufe der Unterstüßungsbauer von 26 Wochen gehmalt wiederholen, so bekäme er anstatt 26 Wochen 14,68 M nur 16 Wochen 14,68 M und 10 Wochen 1,95 M.

Es ist in solchen Fällen zu empfehlen, für diese Wochen auf die Unterstützung überhaupt zu verzichten, um den zwölfwöchigen Bezug damit um soviel Wochen zu verlängern. Diese Möglichkeit steht zwar nicht im Gesetz, es steht aber auch nicht das Gegenteil darin. Sollte einmal das Arbeitsamt einen solchen Verzicht auf die Unterstützung ablehnen, so muß durch Anrufen des Spruchauschusses eine Klärung herbeigeführt werden, da bis jetzt noch nicht bekannt ist, wie sich der Spruchsenat dazu stellt.

Bei Krisenunterstützungsempfängern ist die Berechnung die gleiche. Statt des Arbeitslosenunterstützungssatzes ist der Unterstützungssatz der Krisenfürsorge einzusetzen.

Gelegenheitsarbeit ist nach § 112 WVBVG eine solche Arbeit, die nach § 108 der Reichsversicherungsordnung nicht krankentafelversicherungspflichtig und nach § 75a WVBVG nicht arbeitslosenversicherungspflichtig ist. Hat zum Beispiel ein arbeitsloser Metallarbeiter die Möglichkeit, durch Kohlenladen an ein oder zwei Tagen einen Nebenverdienst zu erwerben, so ist das Gelegenheitsverdienst, der unter die obige Berechnung fällt. Hat dieser gleiche Arbeiter, wenn er Eisenbrecher ist, die Möglichkeit, zwei Tage in einer Fabrik als Dreher, ausbildungsweise zu arbeiten, so ist das nicht Gelegenheitsarbeit, sondern eine Berufsarbeit. Er kann sich in solchen Fällen beim Arbeitsamt abmelden und seine Unterstützung bis zur Abmeldung beziehen. Nach Erledigung der Arbeit hat er sich wieder anzumelden. Dies fällt also nicht unter die Berechnung des Gelegenheitsverdienstes. Würde sich diese Aushilfsarbeit regelmäßig alle Wochen wiederholen, so würde nicht Arbeitslosigkeit, sondern ein Arbeitsverhältnis mit zweitägiger regelmäßiger Kurzarbeit vorliegen, wofür dann die Kurzarbeiterunterstützung in Frage kommt. O. Sch.

Die Vermögensverhältnisse der deutschen Sozialversicherung



Eines der wichtigsten Gefüge der deutschen Sozialpolitik bildet die Sozialversicherung. Sie sichert die deutschen Arbeitnehmer nach dem Grundsatz der Solidarität im Krankheitsfall, bei Unfällen, Berufsunfähigkeit und Invalidität. In der Krankenkasse sind rund 22 Millionen Personen in 7500 Kassen versichert, in der Invalidenversicherung circa 18 Millionen Arbeiter gegen Berufsunfähigkeit und ihre Hinterbliebenen im Todesfall versichert. Die Unfallversicherung entschädigt die Arbeitnehmer bei Folgen von Betriebsunfällen und umfasst in der Landwirtschaft, dem Gewerbe und den öffentlichen Betrieben insgesamt circa 27 Millionen Menschen. Die Angestelltenversicherung umfasst alle Angestellten bis zu einem Jahreseinkommen von 8400 M, circa 8,8 Millionen Personen, und versichert sie bei Berufsunfähigkeit und Todesfall. Die ReichsKnappschaftsversicherung bietet dem Bergmann, der einen besonders aufreibenden Beruf hat, einen besonderen Schutz. Durch die Inflation wurden die Kapitalien aller staatlichen Versicherungen zum größten Teil gleichfalls vernichtet wie Hunderttausende von Privatvermögen. Doch konnten in den sechs Jahren seit der Katastrophe schon wieder beträchtliche Reserven angeammelt werden, um gegen Krisenansforderungen gefastert zu sein. Prozentual betrachtet ging der Wiederaufbau am raschesten bei den Krankenkassen vor sich, die 1928 ein Vermögen von 704 Millionen Mark nachweisen, 1914 aber nur ein solches von 4296 Millionen Mark besaßen. Allerdings wurde in der Zwischenzeit in auch die Grenze der Versicherungspflichtigen heraufgesetzt.

Feriengeld, Krankengeld und Arbeitslosenunterstützung

In einer Streitfrage hatte das Reichsarbeitsgericht über folgenden Fall zu entscheiden: Ein Lohnempfänger war in der Zeit seines Urlaubs arbeitsunfähig erkrankt. Der Unternehmer wollte das ihm zuzehende Krankengeld auf das Urlaubsgeld anrechnen. Auf erhobene Klage fällte das Reichsarbeitsgericht das Urteil, daß der Unternehmer zum Abzug von Krankengeld bei einer Erkrankung während der Urlaubszeit kein Recht habe. Wemersenswert sind folgende Stellen aus der Begründung des Urteils:

„Während bei einer Unterbrechung der Tätigkeit eines Arbeitnehmers durch Krankheit dem Arbeitgeber durch den Ausfall seiner Dienste und die Weiterzahlung des Lohnes ein ungewollter Verlust entsteht, für den er sich billigerweise am Krankengeld schadlos halten mag, verzichtet der Arbeitgeber für die Urlaubszeit freiwillig nicht nur auf Dienstleistungen, er verpflichtet sich auch zur Zahlung des vollen Lohnes. Den ihm hierdurch erwachsenden, im voraus festzustellenden Ausfall kann und wird er in seine Geschäftsumkosten aufnehmen und durch Einrechnung in die Preise wieder einholen. Ihm dann auch noch das Krankengeld anzusprechen, liegt hiernach kein Anlaß vor. Ihn nun von dieser Verpflichtung auch nur zum Teil zu befreien, weil der Arbeitnehmer das Unglück gehabt hat, während des Urlaubs krank zu werden und seine freie Zeit nicht ausnützen zu können, würde jedem Billigkeitsgebanten um so mehr widersprechen, als dem Arbeitnehmer ein Ersatz für den verlorenen Urlaub nicht gewährt wird. Mit Recht erwägt hier das Landesarbeitsgericht, daß der Arbeitnehmer den ganzen Nachteil seiner Erkrankung auf sich nehmen müsse, daß ihm dann aber billigerweise auch die sämtlichen Vorteile zuzukommen müßten.“

Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bestimmt in § 113, daß der Arbeitslose für die Zeit, für die er noch Lohn bezieht, keine Arbeitslosenunterstützung beziehen kann. Anlaß war bisher die Frage, ob das Feriengeld, das der Arbeiter bei Lösung des Arbeitsverhältnisses erhält, als Arbeitslohn im Sinne des obigen § 113 des Gesetzes zu gelten habe. Das Reichsarbeitsgericht hat nun entschieden, daß, wenn einem Arbeiter nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses für nicht genommenen Urlaub eine Vergütung bezahlt wird, die Anrechnung auf die Arbeitslosenunterstützung unzulässig ist. Denn die Urlaubsvergütung sei eine Abgeltung für die dem Unternehmer in der Vergangenheit geleisteten Dienste. Voraussetzungen für die Anrechnung von Vergütungen auf die Arbeitslosenunterstützung sei jedoch, daß es sich um solche Vergütungen handle, die in der Zeit verdient wurden, für welche Arbeitslosenunterstützung bezahlt werde.

Kein Shortcut mehr!

Nach einer Mitteilung Dr. v. G a h n s, dem Leiter der Zoologischen Station am Eppendorfer Krankenhaus in Hamburg, soll es einem jähzuger Nüßlienzüchter gelungen sein, mit Erfolg ein neues bereits patentiertes Verfahren zur Gewinnung von Nüßlienzüchtlern zu erfinden. Das Verfahren besteht darin, daß Wehl durch Bestrahlung und durch ein besonderes Vakuumverfahren in Verbindung mit Vitaminen durchgesetzt werden kann, daß dadurch praktisch die Bildung von nachteiligen Erkrankungen verhindert wird. In der gleichfalls möglichen Vitaminisierung von Nüßlienzüchtlern ist man ein wirksames Mittel zur Bekämpfung des mit Recht von den Seeleuten so gefürchteten Scurbut.



Verbandsleben



Winke für Redner

Ende gut, alles gut!

In heutiger Zeit herrscht auf allen Gebieten der Schnellverkehr. Rasche Autos und Schnellzüge vermitteln ihn. Aber was dem Meisten dient, schadet beim Sprechen. Der Redner, der langsam spricht, wird dem raschen Sprecher ständig überlegen sein. Will man einem raschen Sprecher aufmerksam folgen, so wird dies immer äußerst ermüdend sein. Es ist ganz ähnlich, als wäre man geübungen, neben einem berufsmäßigen Wettläufer herzurennen. Der Redner sollte nie vergessen, daß er von seinen Zuhörern nicht nur verlangt, daß sie ihn sprechen hören, sondern daß sie auch über seine Worte nachdenken. Über hierzu sollte er ihnen auch die Zeit geben, und zwar dadurch, daß er langsam spricht — viel langsamer, als er es gewohnt ist, in Gesellschaft zu sprechen. Ganz besonders wichtig ist es, daß für alle Fälle eine Rede langsam begonnen wird.

Also im Anfang ja keine Eile! Wenn der Redner plötzlich losknattert wie ein Maschinengewehr, kann er nicht erwarten, daß man seinen Ausführungen folgt. Beginn er jedoch langsam, so gibt er der Versammlung Gelegenheit, sich vorzubereiten, zu sammeln, sich an den Laut und Tonfall seiner Stimme zu gewöhnen. Besonders dem ist es nötig, recht langsam zu sprechen, wenn der Redner einen anderen Dialekt spricht als die Hörer, oder über seine deutliche Aussprache und ausgiebige Stimme verfügt. Trotz solcher Fehler wird er bei vernünftiger, langsamer Sprechweise immer noch verstanden werden.

Selbstverständlich kann eine Rede auch zu langsam gehalten werden. Haben die Zuhörer Zeit, zwischen jedem Satz die Fliegen an der Decke des Saales zweimal zu zählen, dann darf man sich nicht wundern, wenn nach und nach eine gähnende Menge im Saal unaufmerksam hin und her rückt und das Ende des Vortrags ungeduldig herbeisehnt.

Bei Öffnung einer Rede ist es eine unbedingte Notwendigkeit, ruhig, laut und besonders deutlich zu sprechen. Diese Art zu sprechen wird die Wirkung haben, daß sofort jede Unterhaltung des Publikums nach der Einführungsrede des Vorsitzenden verstummt. Ist der Redner der Nachfolger eines Redners, so ist ruhiges und deutliches Sprechen das beste Mittel, dem Publikum den Einbruch zu vermitteln, daß ein anderer Redner zu Wort gekommen ist.

Ein unerfahrener Sprecher kann trotz großer Vorsicht den Faden verlieren. Er erholt sich schließlich wieder nach einiger Zeit, die ihm als eine Ewigkeit erscheint. Gewöhnlich sagt er dann am Schluß der Sitzung zu seinem Freund: War das nicht entsetzlich?



Sie haben's!

Willy — Der Freund antwortet: Na, was meinst du denn eigentlich? — Na, ich meine den Augenblick, wo ich den ganzen Abschnitt der Rede hatte und mein Gedächtnis plötzlich versagte, jedoch ich darauf nie ein gesprochenes Wort! — Ja habe nichts bemerkt! antwortet dann viellecht der Freund.

Die Punkte, die der Redner zu machen gezwungen war, erschießen ihm selbst übertrieben. Was er für eine endlose Unterbrechung seiner Rede hielt, war für das Publikum in der Tat eine wohlmeinend empfundene Aushilfe. Ein Fingerzeig also für den Sprecher. Deshalb merke dir: Ob dem Publikum öfters Aushilfen! Alle Drucke sind nicht des Aussehens wegen in kleine Abschnitte eingeteilt, sondern sie sind es deshalb, um dem Leser zu helfen, daß eine Zusammenfassung des Aufsatzes beendet ist und eine neue beginnt, gleichzeitig soll dem Leser mit jedem Abschnitt eine kleine Aushilfe vermittelt werden. Deshalb müssen auch alle Reden in Abschnitte eingeteilt werden und der angehende Redner darf die natürlichen Punkte nicht vergessen. Sie bilden eine Richtschnur für ihn und seine Zuhörer.

Wenn es besonders wichtig war, die Rede festhalten zu beginnen, so ist es doppelt wichtig, ihr Ende besonders wichtig zu gestalten. Eine Rede kann einen schlagenden Anfang übersehen, aber ein verhängnisvoller Schluß hat jeder Zeit Wirkung. Ein einwandlos guter Schluß ist nicht nur eine Notwendigkeit bei öffentlichen Reden, sondern auch bei Erzählungen, Romanen, Schauspielen, Opern und Gesangsveranstaltungen. Es gibt nichts Unternehmenderes, als wenn eine Rede so verläuft, daß das Publikum im Zweifel ist, ob der Redner zu Ende ist oder nicht. Es ist wahr, ein Mann kann zeigen, daß er nicht mehr sagen will, indem er sich niederlegt. Aber es ist dann genau so unzufrieden, wie wenn der Redner, der mit seinem Rednerwort zu Ende ist, seiner Umgebung dies dadurch anzeigt, daß er den Tisch anstößt.

Es gibt zwei Hauptgefahren, wenn die man zeigen kann, daß man das Ende des Vortrags nicht. Durch das, was man sagt und wie man es sagt. Der Sprecher muß aufpassen, daß er nicht zu eiligem Gedenkt, indem er einen noch ungenutzten (langen) Abschnitt über das Ganze gewahrt und dann mit irgend einer Witz schließt. Oder er kann die Rede so ansetzen, daß er seine Schlussfolgerung in einem Satzpunkt zusammenfaßt, der einen Auszug der Rede bildet und seiner Natur nach eine Entwertung aller vorhergesagten behauptet.

Wolle der Redner irgend einer dieser Arten folgen, so muß er sich klar darüber sein, wie er den Schluß gestalten und welche Wirkung er erzielen will. Die letzte Art, den Schluß vorzutragen, ist wohl die, daß man die Gehörbarkeit des Sprechers bewahrt, die Stimme dann etwas erhöht und dann sehr deutlich und sehr energiegeland die Höhe der Stimme wieder fallen läßt. Dieses langsame Steigen und Fallen der Stimme bedeutet Schluß.

Deswegen ist es besonders wichtig, daß der Redner schon wie den Anfang auch den Schluß seiner Rede heranzugestaltet und im Gedächtnis trägt. Verliert er sich auf zufällige Eingebungen, so hat er ganz bestimmt auf die falsche Seite geschlagen. Die einzige sichere Sache in diesem Falle ist eine peinliche und sorgfältige Nachrecherche! Wer jemals gesehen hat, wie ein Redner trotz aller Qual (von nicht zu sagen) sich zu Ende zu bringen suchte, der wird nicht sehr zufrieden sein, wenn er nach einer Rede wegen, ohne daß er vorher genau festgelegt hat, in welcher Weise er seine Rede beenden will. Wenn der Sprecher auf der Kugel stehen bleibt, so kann er immer noch „Amen“ sagen. Der Redner ist leider nicht in dieser glücklichen Lage.

Sitzung des Erweiterten Beirats

Am 16. und 17. April war der Erweiterte Beirat in Stuttgart versammelt. Er hatte Stellung zu nehmen zu dem in den Tagen vom 16. bis 22. August in Berlin stattfindenden Verbandstag sowie zu den Tarif- und Lohnbewegungen des Verbandes. Zur Beratung stand zunächst die Wahlordnung, nach der die 816 Vertreter zum Verbandstag gewählt werden. Die Wahlen zum letzten Verbandstag erfolgten nach gebundenen Listen. Solche waren infolge der politischen Verschlechterung notwendig. Der Karlsruher Verbandstag 1928 hatte die Beseitigung dieses Wahlsystems beschlossen und den Verbandsvorstand mit der Ausarbeitung einer Wahlordnung beauftragt, die bis in früherer Zeit bestandene Personenwahlsystem enthält.

Zu der vom Vorstand vorgelegten Wahlordnung führte der Vorsitzende Reichel aus, daß die tüchtigsten und opferwilligsten Kollegen als Vertreter der Mitglieder berufen werden müßten und daß die Anteilnahme der Mitgliedschaft an der Urwahl besser gewährleistet sei als auf andere Weise. Die in der Sturmpetition des Verbandes getroffenen Ausnahmestimmungen hat der Vorstand vollständig beseitigt.

In der Aussprache nahmen 22 Beiratsmitglieder das Wort, ein Beweis für die Wichtigkeit der Sache. Verschiedene Redner bekundeten, daß von gewisser Seite „eine Aufspaltung der Verbände“ und ein Appell an die niederen Instanzen erfolgen werde. Aus diesen Gründen sind die Redner der Ansicht, daß in den Verhandlungen mit Vertretern die Abgeordneten zum Verbandstag in den Vertretervereinigungen gewählt werden sollten. (Diese müssen die Kandidaten nominieren; als aufgestellt gilt, wer die meisten Stimmen erhalten hat.) Der Vorstand und andere Redner glauben an den gesunden Verstand der Mitgliedschaft. Der Beirat stimmt in seiner Mehrheit antragsgemäß dafür, daß die Verbandsratsvertreter durch Urwahl bestimmt werden. (Die Wahlabschlüsse und Auszüge aus der Wahlordnung sind in der letzten Nummer der Metallarbeiter-Zeitung bereits bekanntgegeben worden, jedoch ein näheres Eingehen an dieser Stelle unzulässig ist.)

Im verfloßenen Jahr hat der DWA mit dem Fabrikarbeiterverband einen Kartellvertrag abgeschlossen. Es war vorausgesetzt, daß dieser Vertrag sich nicht ohne Verhandlungen „einspielen“ sollte. Sekretär Hauke berichtet über die seit der Einführung des Vertrages entstandenen Differenzen und über die zu ihrer Beseitigung unternommenen Schritte. Der Vorsitzende Brandes spricht über das Ergebnis der jetzigen Verhandlungen zwischen den drei Metallarbeiterverbänden DWA, der Maschinen- und Feiler- und den Kupferhämmerern. Gewisse noch vorliegende Schwierigkeiten sollen in weicherer Sprache geklärt werden. Der erweiterte Beirat gibt dem Vorstand Vollmacht, auf Grund einer neu ausgearbeiteten Vorlage die Verhandlungen über die Verschmelzung der drei Organisationen fortzusetzen.

Zu den Tarif- und Lohnbewegungen des Verbandes führt Brandes aus, daß die politischen Vorgänge der letzten Zeit stark auf die Gewerkschaftsbewegung einwirkten. Die Unternehmer hätten nunmehr — nach mancherlei vergeblichen Vorstößen — eine Regierung erhalten, die ihren Wünschen auf Abbau der Sozialversicherung und der Löhne geneigter sei, als das Kabinett Müller, das diese Pläne abwehrte. Wenn die Abbaupläne nicht sofort verwirklicht würden, hänge dies nur davon ab, daß das Zentrum auf seine Arbeiterwähler Rücksicht nehmen müsse und sie nicht ohne weiteres vor den Kopf stoßen könne. Der DWA werde sich in seinem Bestreben nach Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Tariflöhne nicht beirren lassen. Durch die Arbeitszeitverkürzung soll ein Teil der Arbeitslosen in den Produktionsprozess gebracht werden. Die Erhöhung der Tariflöhne der Metallindustrie muß erfolgen, um an die Lebenshaltung der Kollegen zu verbessern, die im Beitritt arbeiten und doch nicht die niederen Tariflöhne erhalten. — Auch über diesen Punkt findet eine ausgiebige Aussprache statt.

Der Beirat ist mit den vom Vorstand in Vorfeld gebrachten tariflichen Maßnahmen einverstanden. Brandes weist in seinem Schlußwort auf die notwendige Verbindung zwischen Vorstand und Mitgliedschaft, auf das Vertrauen, die Einigkeit und Geschlossenheit der Mitglieder hin. Diese böten die Gewähr dafür, daß der Verband des Metalle und des Kupfer zur Verbesserung der Lebenshaltung seiner Mitglieder imstande sein kann und wird. Auf der Tagung herrschte volle Übereinstimmung, die sich zum Nutzen der Organisation und seiner Mitglieder auswirken wird.

Schluß mit der Gefühlsduselei

In diesem Aufsatz in Nr. 15 der MZ erhalten wir folgende Aufsätze:

Was unter dieser Überschrift von dem Kollegen Kinnra erwähnt wird, ist einer Besprechung in unserer Zeitung wert. Meine Erlebnisweise bedarf sich niemand mit denen Kinnras. Wie so oft, stand ich auch auf meiner letzten Arbeitsstelle in diesem Kampf gegen die Gefühlsduselei, Tarifverletzungen und Übergriffe der Arbeitgeber. Der leidende Kassegehe ist dank der Schamlosigkeit unserer Kollegen zu einem wahrhaftigen Muffosini geworden. Der Meister hatte mich natürlich, weil ich „Anrede in den Betrieb brachte“, das heißt, auf die jüdische Einholung der tariflichen Abmachungen drängte, halb unter dem Tisch. Beim dritten Male erbat ich die Hilfe des Betriebsrates. Aber dieser Kollege nahm in mehr oder weniger bester Weise für den Meister Partei.

Ich habe bereits berichtet, gegen die diesen Mißstände im Betriebe anzutreten. Viel Freude habe ich deswegen bei den Betriebsratsmitgliedern nicht empfunden. Man scheint mich für einen „Hühnerhund“, Tarifverletzungen und Übergriffe der Arbeitgeber. Der leidende Kassegehe ist dank der Schamlosigkeit unserer Kollegen zu einem wahrhaftigen Muffosini geworden. Der Meister hatte mich natürlich, weil ich „Anrede in den Betrieb brachte“, das heißt, auf die jüdische Einholung der tariflichen Abmachungen drängte, halb unter dem Tisch. Beim dritten Male erbat ich die Hilfe des Betriebsrates. Aber dieser Kollege nahm in mehr oder weniger bester Weise für den Meister Partei.

Im gewerkschaftlicher Hinsicht war der Betrieb aus verlottert. In dem bis 200 Mann zählenden Werkbetrieb wurden zum Beispiel die Betriebsratsmitglieder trotz Heimurlauben von Ende 1927 bis Anfang 1930 nur einmal kontrolliert. Tarifverträge verschiedener Art sind an der Tagesordnung. Dagegen beantragte ich wiederholt Stellungnahme bei den Betriebsratsmitgliedern. Leider vergeblich. Man hatte mich zwar soweit gebittet, daß ich meinen Posten als Vertrauensmann „sachgemäß“ niederlegte. Unserem Betriebsratsmitglied gelang es nicht, den Betriebsrat über die Vertrauensleute zur Abstellung der Mißstände zu bewegen.

Ein fast lohnloses Mittel gegen Entlassung war die Mitgliedschaft in einem Schlichterverein; der leitende Meister war selbst Mitglied. Daß ich bei passender Gelegenheit wegen „Arbeitsmangel“ entlassen wurde, verheißt sich. Mein Einverständnis wurde nicht anerkannt.

Des Meisters Kern ist unser Verhalten den „Mann“ gegenüber. Dann unserer Gefühlsduselei erlangen wir einen Schaden, der viel größer ist, als manche meinen: die Unorganisiertheit, die Unorganisiertheit. Sie beginnen sich durch unser gewerkschaftlich-umständliches Verhalten zu zeigen. Sie beobachten, wie wir und ob wir uns ruhig verhalten. Jede Lässigkeit, jeden Verstoß gegen den Tarif oder die gewerkschaftlichen Regeln haben sie mit einem Wort: „Wollen wir sie dann für die Gewerkschaft gewinnen, lassen sie in's Bild schmeißen.“ Das sollten wir allem unsere Funktionen bedenken. Sie sollten wissen, daß sie Führer und Kämpfer zu sein haben; daß noch etwas mehr nötig ist, als die Arbeiter-Mitgliedschaft in Partei und Reichsbanner. Sie sollten nie vergessen, was die Unorganisiertheit in Wirklichkeit ist: Schwächung und Kriechen. Und demgemäß das Verhalten einzurichten.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegramm-Adresse: Metallvorstand Stuttgart
Telephon-Nummern C.-A. 62841, 62842, 62843

Mit Sonntag dem 4. Mai ist der 19. Wochenbeirat für die Zeit vom 4. bis 10. Mai 1930 fällig.

Aufforderung:
Der Hilfsarbeiter Wilhelm Bäcker, geb. am 18. September 1890 zu Sittenberg, Mitgliedsbuch Nr. 6,609 728, wird hierdurch aufgefordert, der Verwaltungsstelle Berlin P 54, Rintjenstr. 83/84 seine jetzige Adresse anzugeben und die Befürher in dem gegen ihn laufenden Verfahren zu benennen.

Geköhnt wurde:
Mitgliedsbuch Nr. 6,719 386, Laurinb auf den Schloffer Alfred Casparski, geb. am 2. August 1902 zu Lusechten (Kolberg i. P.).

Häufig werden Anfragen einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet über Angelegenheiten, die ihre Erledigung leicht durch die zuständigen Ortsverwaltung finden können. Weithens ist diesen Beschränken ein Ausweis über die Mitgliedschaft nicht beigefügt, der unbedingt erforderlich ist, wenn auf eine Verantwortung gerechnet wird. Die Mitglieder sollen sich zunächst an die Ortsverwaltung wenden.

Zur Beachtung! • Zugang ist fernzuhalten!

von Bauanschlägern nach Berlin (Westermann & Pader) D.; von Carosierarbeitern aller Branchen nach Basel St.; von Metalldruckern nach St. Louis in Ober-Elb (Fa. Gröningers Aluminium-abrik) D.

A = Lohnbewegung; D = Differenzen; v. St. = Streit in Sicht; St. = Streit; Wt = Maßregelung; Wt. = Mißstände; A = Ausprägung
Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Arbeitsjüngende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erkundigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand eingeholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abhempeln zu lassen.

Theodor Seipart gesundet

Vor fünf Monaten erlitt Theodor Seipart, der Vorsitzende des DWA, einen schweren Automobilmisfall. Die ersten Nachrichten, die das Schicksal befürchten ließen, bewahrheiteten sich glücklicherweise nicht. Immerhin waren die Verletzungen derart, daß es fraglich erschien, ob Genosse Seipart wieder ganz hergestellt werden könnte. Knochenbrüche und Kopfverletzungen sind bei einem Sechziger viel schwerer zu heilen, als bei einem jungen Mann. Es ist indessen der ärztlichen Kunst gelungen, unsere Genossen wieder soweit herzustellen, daß er sich, wenn auch noch an Stöcken, fortbewegen kann. Durch eine Nachkur ist zu hoffen, daß er den Rest des Lebens verliert, jedoch er nach einer gewissen Zeit seinen Posten wieder übernehmen kann. Wir freuen uns darüber und wünschen unsern Kollegen baldige vollständige Genesung.

Der Berufsgenossenschaftstag

findet in diesem Jahre in Dresden am 2. und 8. Juni statt. Diese Jahresversammlung der gewerblichen Berufsgenossenschaften, der gesetzlichen Träger der Reichsunfallversicherung, wird angesichts der bekannten Bestrebungen, durch „paritätische Unfallversicherungs-ausschüsse“ in das Selbstverwaltungsrecht der Berufsgenossenschaften einzugreifen, ganz besondere Bedeutung für die Zukunft der Unfallversicherung haben.

Schriftenschau

Der Große Brockhaus, Der 6. Band ist erschienen. Er umfaßt die Buchstaben Doc bis Gz. Man wird heute für die Beurteilung der Nennendigkeit und Brauchbarkeit eines großen Nachschlagewerks einen wichtigen Maßstab darin finden, inwieweit es uns bei den Fragen, die uns täglich begegnen, hilft und weiterbringt. Es muß dem Großen Brockhaus immer wieder bestätigt werden, daß er gerade in dieser Richtung Vorbildliches leistet. Der 6. Band bringt eine ganze Reihe von Stichwörtern, die im täglichen Leben eine Rolle spielen. Gehen wir uns die Wörter an, erkennen wir, wie bedeutungsvoll und wichtig der Große Brockhaus für das praktische Leben ist: auf der Legitkarte „Elektrische Beleuchtung“ finden wir eine Darstellung der Handgriffe und Maßregeln für Anlage und Ausbesserung einer elektrischen Leitung, die wir im Haushalt nützlich anwenden können. Wer von uns hat eine Ahnung davon, wie ein Eisenbahnfahrplan aufgestellt wird? Ein Blick auf den dargestellten „täglichen Eisenbahnfahrplan“ vermittelt einen Begriff hiervon. Unter „Eisenbahnfahrplänen“ erfahren wir von den neuesten Sicherungsmaßnahmen gegen Eisenbahnunfälle und wissen nun, was „elektrische und optische Zugbeeinflussung“ ist. Wichtig ist der Artikel „Erlöse“, der durch seine Legitimation einen hervorragenden Anschauungsunterricht gewährt. Artikel über Erbschaft, Erbrecht, Ernährungstherapie, Elektrotechnik, Einkommensteuer, Eigentum, Ehe, Eheprozeß, eheliches Güterrecht werden vielbefragte Ratgeber sein. In den Stadtkarten Dortmund, Düsseldorf, Dresden und Erfurt finden wir farbige Stadtpläne mit Straßenverzeichnis. Im Artikel „Druckverfahren“ wird uns auch darüber berichtet, wie die schönen Bildbeigaben entstehen, die wir in den ersten fünf Bänden dieses für den modernen Menschen unentbehrlichen Nachschlagewerks besonders finden. Der Band umfaßt 784 Seiten. Preis in Ganzleinen 26 M. Bei Unterausgabe des alten Lexikons 23,60 M. Verlag F. A. Brockhaus, Leipzig.

Rechtlicher Geist I. Querschnitte durch radikale, „ausgefallene“ und „Rechtler“; zugleich eine Zeitschrift gegen diese Zeit. Herausgegeben von Kurt Zube. Erscheint monatlich. Verlag Radikaler Geist, Berlin-Wendenschloß, 0,90 M. Diese Schrift hat den Charakter, das Wort zu werden, das am zuverlässigsten und gänzlich tolerant über alle wichtigen zeitgenössischen Erörterungen berichtet. 200 Beispiele aus der Betriebspraxis des Werkzeugbauers und der Metallbearbeitung. Von Dipl.-Ing. Gino Weiser. 212 Seiten mit 126 Abbildungen. Verlag Raschig & Co., Berlin 35, Eißendroffstraße 2. Preis geb. 6 M. Jeder, der mit Präzisionswerkzeugen zu tun hat, sei es in Bezug auf Konstruktion, Herstellung oder Verwendung, wird auf die im modernen Betrieb an ihn täglich herantrübenden Fragen in diesem Buch mindestens eine Antwort finden.

Vom Schiffbau in England Der Preis der Rationalisierung für die Arbeiter

Von J. T. Scanlon, London

Die Rationalisierung beurteilt man wie die meisten Theorien am besten bei ihren praktischen Ergebnissen. Da heutzutage aber keine Erörterung begonnen wird, ohne eine Formel zu haben, so muß ich, um die gute Form zu wahren, erst versuchen, herauszufinden, was unter Rationalisierung verstanden wird.

Ich glaube, ich erkläre die Sache richtig, wenn ich sage, daß die Rationalisierung eine Arbeitsart ist, die die Höchstmenge von Erzeugnissen bei einem Mindestsatz von Arbeit erbringt. Dadurch werden, so legt man uns dar, die Produktionskosten dermaßen verbilligt, daß die britischen Unternehmer in den Stand gesetzt werden, jeden Wettbewerber auf dem Weltmarkt zu unterbieten, und auf diese Weise wird Arbeit für die britischen Arbeiter beschafft. Das ist, wie ich glaube, die von allen Unternehmern in Britannien vertretene Theorie, und sie ist jetzt auch von der Arbeiterregierung angenommen worden. Aber dieselbe Theorie wird ebenfalls von jedem klügeren Unternehmer in Deutschland, Polen, Frankreich, Amerika und in jedem andern Lande den Arbeitern gegenüber vertreten, wo schon ein Überfluß an Waren besteht.

Aber da von fast der ganzen Welt angenommen wird, daß die Rationalisierung ein Heilmittel für die Beschäftigungslosigkeit ist, so wäre es anmaßend von mir, gegen diese Annahme etwas einzuwenden. Alles, was ich tun kann, ist, durch Tatbeweise zu zeigen, was die Rationalisierung in der Praxis für den britischen Arbeiter bedeutet, und ich werde bei dem britischen Schiffbau damit beginnen.

Wie Jedermann weiß, sollen die Arbeiter im Schiffbau als die ersten die Früchte von der sogenannten neuen wissenschaftlichen Betriebsführung, eben von der Rationalisierung ernten. Bis heute haben es schon die Väter des neuen Systems fertiggebracht, die Leistungsfähigkeit des einzelnen Arbeiters um 100 vH zu erhöhen. Nachdem dies geschehen ist, die kapitalistische Finanz dabei, die Organisation der Werften in die Hand zu nehmen. Der neue Plan hat schon den Segen einiger Führer der Tradeunions erhalten, und zwar aus dem Grunde, weil er die allgemeinen Unkosten vermindert, als ob die allgemeinen Unkosten ein schattenhafter Ballon wären, in den der Unternehmer die Banknoten wirft. Im Schiffbau wie in jeder andern Industrie sind alle Unkosten, ob allgemeine oder sonstige, eine für Menschen zu machende Ausgabe und jede ihrer Verminderungen ist eine Verminderung von menschlicher Arbeit.

Aber selbst ohne die Hilfe der Bank von England wurde, im Vergleich zu 1914, im Schiffbau eine tiefgehende Umwälzung herbeigeführt. Heutzutage baut man einen Ozeandampfer in derselben Zeit, wie unsere Vorfäter einen Fischkutter bauten. Vor dreißig Jahren noch konnte man auf der Werft einen Hauten Männer verzweifelt an einem Tau ziehen sehen, um eine einzige Stahlplatte in die richtige Lage zu bringen. Die Kraft von einem Dutzend Männer war nötig, um eine Stahlplatte von zwölf Fuß bis zur Höhe des Verdeckes emporzuziehen. Dies war eine langwierige und harte Arbeit. Heute geschieht der ganze Arbeitsgang bedeutend bequemer. Ein Eisenbolzen ist an der Platte angebracht, ein Signalpfeif des Kranführers, und ein Etwas saust vom Himmel herunter und landet gerade an der Stelle, wo man es wünscht und wo die Platte eingefügt werden soll.

Zwei Männer bewerkstelligen die ganze Arbeit in einem Zehntel der Zeit, die die zwölf Arbeiter gebraucht haben, um die Platte Schritt für Schritt und Zentimeter um Zentimeter zu bewegen. Dazu bitte ich noch zu beachten, daß es heute keine zwölf Fuß lange Platte mehr ist, die gehoben wird, sondern eine von dreißig Fuß Länge und einer dementsprechenden Breite. Man sieht also: zwei Männer transportieren ein Gewicht, das früher dreißig Männer etwa bewegt hätten, dazu noch im zehnten Teile der früher benötigten Zeit. Als ob dies nicht schon Unglück genug für den Arbeiter wäre, wird noch dem Führer der modernen Hebezeuge unter Hinweis auf die erleichterte Arbeit, ferner den wenigen noch nötigen Arbeitern der Lohn um 5 vH gekürzt, um mit diesen Beträgen die Hilfswerkzeuge zu bezahlen, die lediglich dazu dienen, den früheren Arbeitsgenossen und deren Familien das Brot aus dem Mund zu nehmen.

Es mag vielleicht wie eine Übertreibung klingen, aber ich kann aus eigener Erfahrung berichten, daß auf einer Werft mit der Einführung elektrischer Krane zahllose Entlassungen vorgenommen, außerdem allen Stückerarbeitern, die bei einem Schiffbau beschäftigt wurden, der Lohn sofort um 5 vH gekürzt wurde. Herr John Hill, der Sekretär des Verbandes der Kesselschmiede, erzählte mir, daß auf einzelnen Werften der Abzug an Lohn noch bedeutend mehr Prozentsätze ausmacht.

Aber nicht nur die Plattenarbeiter und ihre Genossen waren die einzige Arbeitergruppe, die durch die Einführung der elektrischen Krane benachteiligt wurde, sondern auch die Nieter wurden im Hinblick auf die Möglichkeit, gleich Platten von dreißig bis vierzig Fuß zu montieren, in ihren Akkordsätzen schwer benachteiligt, und zwar in folgender Weise: Das Ende einer jeden Platte überlappt die nächste oder wird mit dieser durch einen sogenannten Riemen verbunden. Um eine Fuge abzudichten, sind Hunderte von Niete nötig. Selbstverständlich hat aber ein Schiff mit langen Platten bedeutend weniger Fugen. Der Enderfolg ist also der, daß ein Schiff mit kurzen Platten bedeutend mehr Niete braucht als ein Schiff von gleicher Länge mit langen Platten.

Zu dieser Neuerung kommt noch die hydraulische Presse und der Lufthammer, der, von zwei Lehrlingen bedient, die rotwarmen Niete in einem Zehntel der Zeit einschlägt, als dies mit dem Handhammer möglich war. Auch der Stemmer, der in der englischen Seemannssprache „Kalfaktor“ genannt, hat seinen Umsturz seiner Arbeitsmethode erfahren. Heute klopft

er nicht mehr mit dem Kaltmeißel stundenlang an einem Plattenstück, schnitzt und raspelt nicht mehr daran mit kaum sichtbarem Erfolg herum. Die Stemm-Maschine und der Azetylenbrenner haben ihm diese Arbeit abgenommen. Mit der Stemm-Maschine braucht er nur an den Plattenrändern, den Säumen oder Nähten entlang zu fahren, und mit dem Brenner durchschneidet er die schwersten Stahlplatten wie ein Stück Käse mit dem Tischmesser. Aber die größte Umwandlung brachte vielleicht die Erfindung des Plattengusses, der den massenhaften Abguß von Platten, vollkommen montage- und bohrfertig aus ein und derselben Form erlaubt. Dieser Erfindung folgte die Einführung einer neuartigen Lochstanze, die in England als die sogenannte Klavierstanze bekannt ist.

Unter der alten Arbeitsart hielten eine Anzahl Männer die Platten solange fest, bis jedes einzelne Nietloch gebohrt war. Unter dem heute obwaltenden Universalgußsystem werden die Nietlöcher nicht mehr einzeln gebohrt. Die Platte wird einfach auf den Arbeitstisch gelegt, ein Hebel bewegt und mit einem Schlag werden sämtliche Löcher gestanzt. Darauf wird die Platte entfernt und eine andere tritt an ihre Stelle.

Es wäre natürlich ein Fehler, wenn wir annähmen, diese Neuerungen seien nur in der Abteilung der Werft so schädigend aufgetreten, wo Eisenarbeiter beschäftigt werden. O nein! Das Ziel der Werftleiter und -Besitzer geht viel weiter und besteht in dem Satz: Den größten Tonnengehalt mit einer ständig zu verringernden Zahl an Arbeitskräften! Es besteht zum Beispiel eine statistische Arbeit von Professor C. Delisle Burns, veröffentlicht und erschienen in der Zeitschrift „Natur“ vom 25. Januar 1930, wo er festlegt, daß in der Maschinenfabrikation und im Schiffbau heute unter einer Ersparnis von 60 vH Arbeitskraft dieselben Leistungen an Erzeugnissen hervorgebracht werden wie 1914. Als ein deutlicher Beweis für die Wahrheit dieser Behauptung kann gelten, daß eine Schiffsmaschine an einem einzigen Nachmittag aufgestellt und montiert werden konnte, zu welcher Arbeit man 1914 sechsmal soviel Leute drei Wochen lang hätte beschäftigen müssen.

Nun wollen wir sehen, was auf den einzelnen Arbeiter als Entlohnung für seine Dienste aus der Neuerung entfällt. Wenn er ein Stückerarbeiter ist, so wird ihm eine Maschine beigelegt, die ihn in die Möglichkeit versetzt, das Doppelte zu leisten. Nehmen wir nun beispielsweise an, daß er bei einem Lohn von 1 Mk. je laufenden Fuß mit der Hand 10 Mk. den Tag verdiente, so kann er jetzt diese 10 Mk. verdienen, wenn er nur 50 Pf. für das gleiche Maß Arbeitsfläche bekommt. Selbstverständlich bekommt er auch nicht mehr als 50 Pf. zugebilligt. Seine vermehrte Erzeugung hat ihm also nichts eingebracht, vielmehr ist der Überschuß gänzlich in die Tasche eines andern gewandert, der nun von dem Arbeiter die doppelte Leistung an Waren und Werten erhält, dabei aber den gleichen Lohn zu bezahlen hat. Wenn nun auch alle Wissenschaftler dem Arbeiter in tausend Lobreden erzählen, daß er durch seine doppelte Erzeugung die Kosten des Schiffbaues verbilligt und dazu beiträgt, daß infolge dieser Verbilligung auch die Kosten der Beschaffung von Nahrung und Kleidung billiger werden, so ist er immer noch unglücklich. Seine Rechnung beim Kolonialwarenhändler und seine Schneiderrechnung sind entschieden höher als sie es vorher waren, mindestens aber bevor er den Bau der Schiffe verbilligen half, die diese Waren nun doch anscheinend billiger übers Meer tragen.

Wenn der einzelne nun aber nichts bekommt von dem Gewinn, den die billiger hergestellten Schiffe einbringen, so wird doch mindestens die große Masse einen Vorteil von diesen haben? Ein Studium der Tonnagezahlen wird uns zu zeigen haben, ob die Lehre richtig ist, daß Verbilligung der Herstellung Vermehrung des Arbeitsangebots bedeutet.

Die Art und Weise, wie diese Lehre sich in der Praxis auswirkt, wird am besten gezeigt durch Herrn John Hill in der Februarnummer des Verbandsblattes der englischen Schiffbauer. Herr Hill sagt: Im Jahre 1921 war die Tonnagezahl der neugebauten Schiffe etwa dieselbe wie im Jahre 1929, jedoch die Zahl der Arbeiter war bedeutend geringer als im Jahre 1921.

	Gebaute Tonnage	Arbeiter
1921	1538052	229379
1929	1580254	158938

Aus diesen Zahlen ist zu ersehen, daß die vermehrte Erzeugung über 22 000 Tonnen betrug, während trotz dieser Erhöhung 72 000 Männer weniger beschäftigt wurden. Der Unterschied auf den Kriegswerften ist uns nicht bekannt. Vielleicht würde dieser eine Minderung der obigen Zahlen und deren erschreckenden Unterschiede bewirken. Tatsache bleibt aber immer, daß Jahr für Jahr die Erzeugung von Werten je Mann zunimmt, als Enderfolg aber zeigt sich die Verdrängung der Arbeiter bis auf wenige, ganz gewandte, mit starken Knochen und guter Gesundheit ausgestattete Leute.

Im Jahre 1921 betrug die Zahl der in Schiffbau und Schiffreparatur beschäftigten Arbeiter (mit und ohne Arbeit) 358 278 Männer, im Jahre 1929 nur noch 204 613. So sind also in den letzten acht Jahren 154 337 Männer in diesem einen Industriezweig entweder gestorben oder ausgestoßen worden durch die rationierte Arbeitsweise. Geht es in diesem Tempo weiter, so werden wir in weiteren zehn Jahren in der glücklichen Lage sein, unsere Erzeugung ohne jeden Aufwand an menschlicher Kraft zu bewerkstelligen.

Wir haben hier nun einen kleinen Einblick in das segensreiche System der Rationalisierung getan, von dem man allen Ernstes behauptet, daß es imstande sei, das Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen.

Der bulgarische Gewerkschaftskongress

Am 2. und 3. März fand in Sofia der bulgarische Gewerkschaftskongress statt. Erst heute ist es möglich, den Bericht zu veröffentlichen, denn die bulgarische Postbehörde — also die bulgarische Regierung — hielt es nicht unter ihrer Würde, den nachstehenden Bericht zurückzuhalten. Erst auf einen Protest des Internationalen Gewerkschaftsbundes hin wurde das Schreiben geöffnet und ohne Angabe von Gründen nach Amsterdam weiterbefördert. Die „Staatsgefährlichkeit“ des Schriftstücks kann der Welt einen Begriff davon geben, ein wie gutes Gewissen die bulgarische Regierung haben muß.

Der Bericht lautet: Die etwas frühzeitige Abhaltung des Kongresses wurde nötig, weil in den letzten Jahren ein völliger Stillstand der Gewerkschaftsbewegung zu verzeichnen war. Die Einberufung erfolgte durch einen Ausschuß, dem verschiedene Mitglieder der leitenden Körperschaften des Gewerkschaftsbundes angehörten. Der bisherige Generalsekretär, Danoff, war an der Einberufung nicht beteiligt und nahm auch am Kongress nicht teil.

Der Kongress war von 69 Abgeordneten aus 21 Orten und 31 Organisationen besucht. Im Geschäftsbericht, der sich übrigens nur auf die Zeit seit dem 1. Dezember 1929 erstrecken konnte, wird ausgeführt, daß zurzeit in 27 Orten 39 Organisationen mit 1269 zahlenden Mitgliedern vorhanden sind. Diese Zahl erscheint sehr klein, es muß indessen festgestellt werden, daß der Landeszentrale in letzter Zeit kaum mehr als 300 Mitglieder angehörten. Einige Organisationen standen grundsätzlich abseits, andere, wie der Eisenbahnverband (5000 Mitglieder), der Lehrerverband (11 000 Mitglieder) und der Verband der Post-, Telegraphen- und Telephonarbeiter (2500 Mitglieder), waren aus verschiedenen Gründen nicht angeschlossen, hauptsächlich aber deshalb, weil ihnen durch gesetzliche Bestimmungen der Beitritt zur Landeszentrale verboten ist. Dem Kongress konnte mitgeteilt werden, daß unter Teilnahme des Generalsekretärs des Internationalen Gewerkschaftsbundes, J. Sassenbach, mit diesen Verbänden eine Besprechung stattfand und sie grundsätzlich bereit sind, der Landeszentrale beizutreten, falls diese politisch neutral bleibt und wenn das gesetzliche Verbot wegfällt. Was die letztere Möglichkeit betrifft, so konnte festgestellt werden, daß der Generalsekretär des IGB mit dem Ministerpräsidenten und mit Abgeordneten verschiedener Richtungen eine Unterredung hatte und die Möglichkeit besteht, daß das bestehende Verbot für die in industriellen Betrieben beschäftigten Staatsangestellten, darunter auch für Eisenbahner und Postangestellte, aufgehoben wird.

Große Arbeitslosigkeit in Italien

Die Höhe der italienischen Arbeitslosigkeit läßt sich aus der Arbeitslosenstatistik nicht bestimmt erfassen, da diese nur die unterstützten Arbeitslosen aufführt, jedoch große Schichten von Arbeitern von der Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen sind. Die Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft stieg von 89 804 Ende Oktober 1929 auf 145 342 Ende Januar 1930, während im Vorjahre die winterliche Arbeitslosigkeit erheblich größer war: sie stieg von 75 473 auf 170 444. Der Arbeitsmarkt auf dem Lande hat sich demnach gebessert trotz der Regierungsmaßnahmen, die auf eine Verhinderung des Abströmens der landwirtschaftlichen Bevölkerung in die Städte abzielen.

Trotz der Unterbindung der ländlichen Abwanderung hat sich aber die Lage des Arbeitsmarktes in der Industrie erheblich verschlechtert. Die Zahl der Arbeitslosen in Industrie und Handel stieg von 207 578 Ende Oktober 1929 auf 320 889 Ende Januar 1930 gegenüber einer Steigerung von 206 906 auf 291 445 im Vorjahre. Die Kaufkraft der inländischen Bevölkerung ist zu schwach, um die inländische Industrieproduktion aufzunehmen. Die Ausfuhr erfolgt aber angesichts der sinkenden Weltmarktpreise zu sehr gedrückten Preisen, weshalb Betriebsbeschränkungen in großem Umfange zu beobachten sind.

Arvid Thorberg tot

Am 9. April wurde Arvid Thorberg, der Vorsitz der schwedischen Landeszentrale, während einer Sitzung des Senats von einem Hirnschlag getroffen und war sofort tot. Noch wenige Minuten zuvor hatte er das Wort ergriffen, um für staatliche Beihilfe für die Ausbildung jugendlicher Arbeitsloser einzutreten. 1877 in Södermannland als Sohn armer Eltern geboren, kam Thorberg in eine Tischlerlehre. Später kam er nach Stockholm, wo er 1902 zum Sekretär des Bautischlerfachvereins gewählt wurde. Von da an erfolgte sein rascher Aufstieg. 1903 wurde Thorberg zum Sekretär des schwedischen Holzarbeiterverbandes, bereits ein Jahr später zum Verbandsvorsitzenden gewählt. 1906 trat Thorberg in den Vorstand der Landeszentrale ein. Als im Jahre 1920 die Stelle des Vorsitzenden der Landeszentrale frei wurde, fiel die Wahl auf Thorberg. 1921 sandten ihn die Arbeiter in die erste Kammer. Weiter war der Verstorbene Ausschußmitglied des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Als treuer Sohn des arbeitenden Volkes starb Thorberg als Streiter für die Sache der Arbeiterklasse.

Aus Sowjetrußland

Aufruf des russischen Metallarbeiterverbandes

Die mengenmäßige Steigerung, die die industrielle Erzeugung im Laufe des ersten Wirtschaftsjahres und auch noch während des ersten Vierteljahres des zweiten Wirtschaftsjahres (Oktober 1929 bis Januar 1930) des Fünfjahresplanes erfahren hat, ist von einer Verschlechterung der Warengüte begleitet, die zu ersten Besorgnissen Anlaß gibt. Dieser Umstand hat den Verband der Metallarbeiter veranlaßt, einen Offenen Brief an alle Mitglieder zu richten. Nach dem Trud (14. April) hat dieser Brief folgenden Wortlaut:

„Der Landmaschinenbau hat die politisch verantwortliche Aufgabe, die Landwirtschaft für die Frühjahrssaat mit landwirtschaftlichen Maschinen und mit Werkzeugen aller Art in vollem Umfange bis zum 1. April zu versorgen. Aber eine ganze Reihe von Werken kann dieser Aufgabe nicht gerecht werden. Insbesondere wird berichtet, daß die gelieferten Maschinen von schlechter Beschaffenheit sind und sehr schnell unbrauchbar werden. Infolgedessen wird die planmäßige Durchführung der Frühjahrssaat sehr stark behindert. Zugleich sind zahlreiche Fälle zu verzeichnen, bei denen infolge schlechter Ausbildung bei der Handhabung der Maschinen große Fehler begangen und die Maschinen infolgedessen verdorben werden.“

Der Zentralverband der Metallarbeiter fordert alle seine Ortsverbände auf, die ganze proletarische Öffentlichkeit zum Kampf für eine bessere Qualität der industriellen Erzeugung aufzurufen. Alle Werke, die Landmaschinen erzeugen, müssen unverzüglich Vertreter auf das Land senden, um in technischer Beziehung Hilfe zu leisten und die Maschinen in Ordnung zu bringen. Vor allem muß auch die Erfahrung derjenigen Facharbeiter, die bereits als Stoßtrupps auf dem Lande gewirkt haben, ausgewertet werden.“

Der siebenstündige Arbeitstag in Leningrad

Wie die Prawda (vom 13. April) meldet, sind in Leningrad bisher mehr als 121 000 Arbeiter der leningradischen Industrie oder 41 vH der Gesamtarbeiterschaft auf den siebenstündigen Arbeitstag übergegangen. In der ersten Hälfte des laufenden Wirtschaftsjahres (Oktober 1929 bis Oktober 1930) wurden 66 000 Arbeiter der größten Werke Leningrads auf den siebenstündigen Arbeitstag umgestellt. Insgesamt ist der Siebenstundentag in 52 Werken Leningrads und des leningradischen Gebiets eingeführt.

144 STUNDENFAHRT AUF DEM NÜRBURGRING

Zündapp siegreich

mit allen 6 Maschinen!

144 Stundenfahrt hundertprozentiger Zündapp Erfolg in der Klasse bis 350 ccm • acht höchste Auszeichnungen • 6 Zündapp am Start sechs kleine goldene Medaillen • zwei Teams am Start zwei große goldene Medaillen.



SERIEN-MASCHINEN

vom ADAC aus den Verkaufsräumen unserer Vertreter geholt, laufen 6 Tage und 6 Nächte — ohne Unterbrechung — präzise wie eine Uhr! 72150 m Höhenunterschied werden bezwungen, 5342 km Weg (mehr als 1/6 des Erdumfangs) zurückgelegt.

SERIEN-ERFOLGE

ADAC Reichsfahrt 1922/23/24 1. Preis • Giro d'Italia 1924, 2250 km, 1. Preis • Deutschlandfahrt 1923, 2900 km, zwei 1., je ein 2., 3., 4., 5. Preis • Deutsch-Österr. Alpenfahrt 1924 beste Wertung in Klasse bis 250 ccm • Robert Batschauer Fahrt 1925, 2000 km, 1. Preis • Allrussische Zuverlässigkeitsfahrt 1925, 2000 km, 1. Preis • ADAC Ost-West-Fahrt 1926, 1700 km, 4 Goldene Medaillen. Fernfahrt Paris-Nizza 1926 und 1930 Goldene Medaille • 1000 km Fahrt der CSK 1927/28/29 Goldene Medaille • Deutsche Sechstagefahrt 1927 1. Preis, 3 Goldene Medaillen • Deutsche Sechstagefahrt 1928 7 Goldene Medaillen • ADAC Länderrfahrt 1928, 3500 km, 6 Goldene Medaillen • Intern. ADAC Länderrfahrt 1929, 4000 km, 4 Goldene Medaillen • 24 Stundenrennen in Italien 1928 Goldene Medaille • Deutsche 3 Tagefahrt im Harz 1929 2 Goldene Medaillen • Internat. Sechstagefahrt 1929, 1600 km, Goldene Medaille.

ZUNDAPP G. m. b. H., Nürnberg
Berlin W57, Bülowstraße 27 • München, Sonnenstr. 15
Köln, Kaiser-Wilhelm-Ring 20 • Hamburg, Chilehaus

Bei der Verlagsgesellschaft des DMV in Stuttgart ist erschienen:

Interessengemeinschaften Konzerne und Wirtschaftsverbände im Maschinen- und Apparatebau

Herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Das Buch, zirka 80 Seiten stark, kostet in Ballonleinen gebunden im Buchhandel 3,50 Mark, für unsere Mitglieder 2 Mark

Die vorliegende Schrift gibt ein anschauliches Bild der Konzentrationsbestrebungen im Maschinen- und Apparatebau, diesem für die deutsche Wirtschaft lebenswichtigen Industriezweig. — Allen Interessenten, die sich über die Zusammenhänge der Wirtschaft unterrichten wollen, bietet das Buch eine sonst nirgends vorhandene Uebersicht. — Dieses Buch sollte jeder Betriebsrat der Fertigungsindustrie besitzen, es dürfte in keiner Betriebsratsbibliothek fehlen. Bestellungen sind zu richten an die Verwaltungstellen des DMV

Das billigste Beförderungsmittel der Welt

bleibt das wirklich gute Fahrrad. Jeden Tag, viele Jahre hindurch hilft es den Weg zur Arbeit und wieder nach Hause verkürzen. Es verlängert die freie Zeit, denn es ist immer fahrbereit. Kein Warten, kein Zuspätkommen mehr und keine Ausgaben für Fahrgelder. Dies alles bedeutet ein Fahrrad für Sie. Es soll aber ein gutes Fahrrad sein, das beste — das verbesserte Opel-Fahrrad... Verbesserungen und technische Einzelheiten: Vorzügliche Hochglanzemailierung — besonders schützendes, über den Gabelkopf hinausreichendes Schutzblech — besonders konstruierter kippfester Sattel — unverwundliche, genietete Pedale mit dauerhafter Gummi-Einlage — „Rostenie“-Speichen — Ketten aus feinstem Material und von größter Haltbarkeit — neue zweckmäßige Feststellvorrichtung — erstklassige Bereifung.



Opel hat für jedes Mitglied der Familie und für jeden Zweck ein geeignetes Rad. Verlangen Sie Prospekt

vom nächsten Händler oder direkt von der A.G. Opel A. G., Fahrradabteilung, Rüsselsheim am Main

Prächtige Bilder

erzielen Sie nur mit einer Markenkamera wie Voigtlander, Zeiss Ikon etc. Wir liefern jede Kamera ohne Aufschlag, ohne Zinsen, mit 1/3 Anzahlung Rest 3-6 Monatsraten. Großer Photokatalog kostenlos. Jede Kamera 5 Tage zur Ansicht.

PHOTO-PARIS
NÜRNBERG B 100
Lorenzplatz 15

Jhr Technikum

zur Vorbereitung zum Techniker, Ingenieur und Werkmeister neben dem Beruf sind die Selbstunterrichtskurse des Systems Karnack. Brieflicher Fernunterricht mit Abschlußprüfung vor einer Kommission. Ferner Nachholung verfallener Schulprüfungen (Obersekundare, Abitur) und: Anselung kaufmänn., fremdsprachl. und musikal. Kenntnisse durch die Selbstunterrichtskurse der Methode Kustia. Bequeme Monatszahlungen. Prospekt kostenlos. Lehrproben zur Ansicht. Rustisches Lehrinstitut, Potsdam-Ta. 283

EISO-Betten

Gebildete Leute, Stahl- oder Eisenbetten, Katalog an jedem Teilhaber. Katalog an jedem Teilhaber. Katalog an jedem Teilhaber.

Billige böhmische Bettfedern

Nur reine gutfüllende Sorten — Ein- und zweifache geschlossene Mk. 3, — halbweiße Mk. 4, — weiße Mk. 5, — bessere Mk. 6, — 7, — daunenweiße Mk. 8, — 10, — beste Sorte Mk. 12, — 14, — weiße ungeschlossene Mk. 7,50, Mk. 8,50, beste Sorte Mk. 11, — Versand portofrei, zeitliche Gegenstände Muster frei. Umstausch und Rücknahme gestattet. Besichtigt Sachse, Lohse 34, bei Pilsen, Böhmen

Erstklassige Photo-Apparate

Sehr leichte Zahnweisse. Katalog frei. **DRESDENIA** Camera-Vertrieb Spezialhaus f. Photogr. DRESDEN-A. 24/43

Druckarbeiten

jeder Ausführung Verlags- und Druckerei-Vertriebs-Gesellschaft des DMV, Stuttgart

ENERGIE

Kollegen! Bestellt bei euren Verwaltungen die technische Zeitschrift **ENERGIE** Preis des Heftes monatlich 25 Pf.

Wenn Schmerzen

Logal Tabletten
Logal-Tabletten sind ein hervorragendes Mittel bei Rheuma, Gicht, Ischias, Grippe, Nerven- und Kopfschmerz, Erkältungskrankheiten. Von autor. Behör. anerkannt über 1000 Ärzte, darunter viele bedeutende Professoren die gute Wirkung des Logal. Ein Versuch überzeugt! Fragen Sie Ihren Arzt. In all. Apoth. SER. 1.40 0,46 c. bis 12,5 Ltr. 74,3 Acid. accl. sat. zu 100 Amyl.

Billige böhmische Bettfedern!

1 Pfd. graue, gut geschlossene 80 Pf., 1 Mk., halbweiße 1,20 Mk., 1,40 Mk., weiße, feinsten, geschlossene 1,70, 2, —, 2,50, 3 Mk., feinste geschlossene Halbhaun-Hermschaffelfedern 4, 5, 6 Mk., 1 Pfd. Rappfedern, ungeschl., aus Flaum gemengt, halbweiß 1,70 Mk., weiß 2,40 Mk., 3 Mk., allerfeinste Flaumrapp 3,50 Mk., 4,50 Mk. — Versand zeitliche Gegenstände Muster frei. Umstausch und Rücknahme gestattet. Besichtigt Sachse, Lohse 34, bei Pilsen, Böhmen. S. BENISCH in PRAAG, Amerika office Nr. 889, Böhmen.

Zur Hebung des Fahrradspoctes

1000 Fahrräder je Mk 20... billiger
Es kosten dann nach Hecken-Machensrad Inneneinrichtung nahtlose Rohre mit Freilauf und Rücktritt. Continental-Bereifung komplett Mk 62.
Damen-Machensrad in gleicher Ausstattung Mk 72.
Siquet-Gesellschaft Kassel 439

Verwechseln Sie niemals meine Firmen

Sie ist einzig und allein das älteste und größte Spezialversandhaus der Art Deutschlands.

400 Eisenbahnwagenladungen Webwaren außerdem weitere 40000 Zentner sonstige Webwaren trafen nachweisbar im letzten Jahre ein. Über 900000 Nachbestellungen von meinen alten Kunden erhielt ich nachweisbar im letzten Jahre.

Der natürliche Beweis der Güte und Billigkeit! Heute viele Unterpreisangebote! Da auf Weiteres gebe ich noch 10 Prozent Rabatt!

auf diese niedrigen Preise. — An Stelle des Rabattes auf Wunsch kostenlos 1 schöne gutgehende Wanduhr oder Standuhr oder 7 Mr. haltbare zurückgesetzte Stoffe.

Vorübergehend gebe ich ab kurze Zeit

Nr. 10	Seemwollgewebe angebleicht, beste Sorte für einfache Vorarbeiten	70 cm	0.14
11	Seemwollgewebe angebleicht, etwas bessere, dichtere Sorte	70 cm	0.26
12	Seemwolltuch angebleicht, haltbare Sorte, aus gutem Garn	70 cm	0.36
13	Seemwolltuch ungebleicht, für den an unvorwähllich im Gebrauch	70 cm	0.46
14	Seemwolltuch starke, fast unverwundlich, dicht ge- woben	70 cm	0.56
15	Seemwolltuch weiches, leicht ge- woben	70 cm	0.26
16	Seemwolltuch weiches, für gute Wäsche	70 cm	0.46
17	Seemwolltuch weiches, mittelstark- fädig, dicht geschlossen, vorzähl. Qualität für besond. saubere, gute Wäschestücke	80 cm	0.66
18	Seemwolltuch weiches, aus garantiert rein ägyptischer Baumwolle, für besond. feine bessere Hemden und Wäschestücke	80 cm	0.76
19	Seemwolltuch weiches, leicht ge- woben, für gute Wäsche	70 cm	0.26
20	Seemwolltuch weiches, leicht ge- woben, für gute Wäsche	70 cm	0.46
21	Seemwolltuch weiches, für besond. feine bessere Hemden und Wäschestücke	80 cm	0.76
22	Seemwolltuch weiches, leicht ge- woben, für gute Wäsche	70 cm	0.26
23	Seemwolltuch weiches, leicht ge- woben, für gute Wäsche	70 cm	0.46
24	Seemwolltuch weiches, leicht ge- woben, für gute Wäsche	70 cm	0.46
25	Seemwolltuch weiches, leicht ge- woben, für gute Wäsche	70 cm	0.46
26	Seemwolltuch weiches, leicht ge- woben, für gute Wäsche	70 cm	0.56
27	Seemwolltuch weiches, leicht ge- woben, für gute Wäsche	70 cm	0.56
28	Seemwolltuch weiches, leicht ge- woben, für gute Wäsche	70 cm	0.33
29	Seemwolltuch weiches, leicht ge- woben, für gute Wäsche	70 cm	0.36
30	Seemwolltuch weiches, leicht ge- woben, für gute Wäsche	70 cm	0.86
31	Seemwolltuch weiches, leicht ge- woben, für gute Wäsche	70 cm	1.26
32	Seemwolltuch weiches, leicht ge- woben, für gute Wäsche	70 cm	0.85
33	Seemwolltuch weiches, leicht ge- woben, für gute Wäsche	70 cm	5.00

Nachstehendes versteht unter Preis! Abgab. vorübergehend.

33 Seemwolltuch weiches, leicht ge- woben, für gute Wäsche. Größe 150x90 cm. bis vom Abgabe bis 2 Stück. Ausnahmepreis 3 Stück. Abgabe von jeder Artikel bis 100 Meter bzw. bis 50 Dutzend an einen Kunden. Versand erfolgt per Nachnahme von Mk. 20, — an. Portofreie Lieferung von Mk. 20, — an. Wenn trotz der Güte etwas nicht entspricht oder wenn meine Waren unter derhand- ligen der guten Qualität nicht bedauern- wertig sind, andererseits bedienende werden meine an diese auf meine Kosten zurück- und behalte den vollen Betrag zurück.

Jos. Witt, Weiden 84 Opl.
Eigene mech. Weberei, Ältestes und größtes Versandgeschäft der Art der Welt